

Protokoll der Gemeindeversammlung

2. Sitzung vom 17. Juni 2021 im KUSPO Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Daniel Altermatt, Andreas Knörzer, Jeanne Locher, Ursula Lüscher, David Meier, René Nusch, Dieter Rehmann
<u>Beisitz:</u>	Stefan Friedli, Geschäftsleiter Gemeindeverwaltung Alain Maier, Leiter Finanzen & Steuern a. i.
<u>Entschuldigt:</u>	Marc Oliver Bürgi, Gemeindegemission Cécile Grüninger-Deiss, Gemeindegemission Sandra Guex, Gemeindegemission Stefan Haydn, Präsident Gemeindegemission David Huggel, Gemeindegemission Miriam Locher, Gemeindegemission Clive R. Spichy, Gemeindegemission Walter Banga Marcel Zuber Susanne Suter, Personalleiterin
<u>Vorsitz:</u>	Jeanne Locher-Polier, Gemeindepräsidentin
<u>Rednerliste:</u>	René Nusch, Vizepräsident
<u>Protokoll:</u>	Eva Somalvico
<u>Stimmzählerinnen:</u>	Eveline Reich, Silvia Lüthi, Hanni Huggel
<u>Dauer der Sitzung:</u>	19.30 Uhr bis 22.40 Uhr

Traktanden

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 22. und 23. März 2021
2. Jahresbericht 2020
3. Jahresrechnung 2020
4. Verschiedenes
 - Information zu den Legislaturzielen 2020-2024
 - Information über die Massnahmen zur Stabilisierung der Gemeindefinanzen

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier begrüsst die rund 65 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sowie 9 Gäste zur Gemeindeversammlung. Die Medien sind vertreten durch Tobias Gfeller für Wochenblatt Birseck und BaZ.

Weiter weist die Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier auf das Covid-19-Sicherheitskonzept hin und erläutert, dass damit die Verordnung vom Bund eingehalten werden kann. Sie empfiehlt allen Personen, die sich an diesem Abend auch kurzfristig nicht wohl fühlen, nicht an der Gemeindeversammlung teilzunehmen. Anschliessend bedankt sich die Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bei den Anwesenden für das Einhalten der Regeln.

Die Stimmrechtsausweise werden pro Block eingesammelt und während 14 Tagen aufbewahrt, damit im Fall einer Ansteckung mit Covid-19 festgestellt werden kann, wer in welchem Block gegessen ist. Anschliessend werden die Stimmrechtsausweise vernichtet.

Beim Eingang wurden Schutzmasken verteilt. Das Tragen der Schutzmasken ist obligatorisch, die Rednerinnen und Redner dürfen auch bei einem Wortbegehren die Maske nicht ablegen.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier erwähnt die aktuelle Mitteilung des Bundes, gemäss welcher Gemeindeversammlungen abgehalten werden dürfen.

Weiter gibt die Gemeindepräsidentin die Entschuldigungen bekannt.

Als Stimmzählerinnen werden Eveline Reich, Silvia Lüthi und Hanni Huggel bestimmt.

Die Rednerliste wird von Vizepräsident René Nusch geführt.

Anschliessend informiert die Gemeindepräsidentin, dass Nichtstimmberechtigte im abgetrennten Bereich, d. h. auf der Galerie, Platz nehmen müssen.

Die Einladungen wurden ordnungsgemäss nach § 55 des Gemeindegesetzes und rechtzeitig versandt sowie im amtlichen Anzeiger veröffentlicht. J. Locher gibt die weiteren Regeln für den Ablauf der Gemeindeversammlung bekannt.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 22. und 23. März 2021

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier informiert, dass das Protokoll vom 22. und 23. März 2021 im Ratschlag enthalten ist. Weiter informiert die Gemeindepräsidentin, dass anlässlich der Sitzung der Gemeindekommission vom 7. Juni 2021, David Huggel, Mitglied der Gemeindekommission, eine Ergänzung und eine Korrektur des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 22. und 23. März 2021 zu Traktandum 2 "Quartierplanung vanBaerle" beantragt hat. Die beiden Änderungswünsche wurden vom Gemeinderat akzeptiert. David Huggel hat mehrmals seine Sicht auf diese Themen kundgetan. Es handelt sich um folgende Änderungswünsche:

Korrigendum Protokoll vom 22. März 2021 zu Traktandum 2 Quartierplanung vanBaerle:

Ratschlag Seite 16, drittletzter Abschnitt, soll am Schluss mit einem Satz ergänzt werden, wie folgt:

"Hinzu kommt, dass beim Thema "Verortung" dieser Überbauung im Planungsbericht auf S. 1 steht, dass eine Eingliederung dieser Höhe entlang der Hangkante Tramstrasse gewollt ist. Wenn man das Projekt im Querschnitt vom Heiligholz bis zum Gruth betrachtet, sieht man klar, dass das 49 m hohe Gebäude die Ost-West Sicht von Münchenstein verdeckt. D. Huggel erläutert den Querschnitt sowie seine Visualisierungen. *Daraus geht eben hervor, dass der 49 m hohe Block von der Talsohle um bis zu 5 Meter höher sein wird, als die Hochhäuser oben auf der Hangkante der Adressen Lehengasse 32 und 48.*"

Ratschlag Seite 18, erster Abschnitt, Korrektur Gebäudebezeichnungen (D1, D2 und D4 anstatt, wie falsch erwähnt B1, B2 und B4) wie folgt:

"Somit muss man sich nicht fürchten, dass der gemeinnützige Wohnraum seitens des Entwicklers reduziert wird. Es ist nämlich im QP-Reglement § 3 festgehalten, dass der gemeinnützige Wohnraum für die Gebäude **D1**, **D2** und **D4** definitiv vorgesehen ist."

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier erläutert, dass es zwei Abstimmungen geben wird.

://: Abstimmung über das Protokoll vom 22. März 2021 mit der oben erwähnten Ergänzung von D. Huggel:

://: Das Protokoll vom 22. März 2021 mit den beiden oben erwähnten Ergänzungen von D. Huggel wird mit grossem Mehr und einer Enthaltung angenommen.

://: Abstimmung über das Protokoll vom 23. März 2021:

://: Das Protokoll vom 23. März 2021 wird einstimmig angenommen.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bestätigt, dass das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 22. und 23. März 2021 somit genehmigt ist und bedankt sich bei der Verfasserin des Protokolls, Eva Somalvico.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier erkundigt sich, ob es einen Wunsch zur Änderung der Reihenfolge der Traktanden gibt. Dies ist nicht der Fall.

://: Die Traktandenliste wird genehmigt.

Traktandum 2

Jahresbericht 2020

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier informiert, dass der Gemeinderat auch in diesem Jahr Auskunft über das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Münchenstein gibt. Auf gut 80 Seiten findet man im vorliegenden Jahresbericht detaillierte Informationen zum Jahr 2020.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier übergibt das Wort an Kathrin Hasler, Vizepräsidentin der Gemeindekommission.

Kathrin Hasler, Vizepräsidentin der Gemeindekommission, erläutert, dass Stefan Haydn, Präsident der Gemeindekommission, nicht anwesend sein kann, weshalb K. Hasler in seiner Stellvertretung die Diskussion und Beschlüsse aus der Sitzung der Gemeindekommission präsentieren darf.

Zuerst informiert K. Hasler, Vizepräsidentin Gemeindekommission, über einen personellen Wechsel in der Gemeindekommission. Catherine Regez, SP, hat per 31. März 2021 ihren Rücktritt aus der Gemeindekommission erklärt. K. Hasler bedankt sich bei C. Regez für ihren wertvollen Beitrag in der Gemeindekommission und informiert, dass an ihrer Stelle das neue Gemeindegemeinschaftsmitglied, Flavia Graber, SP, tritt. K. Hasler heisst F. Graber herzlich willkommen in der Gemeindekommission und freut sich auf die Zusammenarbeit. K. Hasler informiert, dass die Verabschiedungen dann gewürdigt werden, wenn sie ohne Corona-Massnahmen durchgeführt werden können.

Weiter informiert K. Hasler, Vizepräsidentin Gemeindekommission, dass es ihr ein Anliegen ist, zu informieren, dass sich die Gemeindekommission neu für eine elektronische und dadurch auch mobile Sitzungsvorbereitung entschieden hat. Damit wird die Gemeindekommission die Sitzungsdossiers effizienter vorbereiten können. Ebenfalls können so Fragen und Feststellungen der Kommissionsmitglieder frühzeitig und transparent an den Gemeinderat übermittelt werden. Die Gemeindekommission freut sich auf die digitale und effizientere Ära. Natürlich steht allen Mitgliedern der Gemeindekommission immer noch frei, auch die gedruckte Papierform der Unterlagen für die Gemeindeversammlungen zu abonnieren; nur digital ist also nicht zwingend.

Zum Jahresbericht 2020 bemerkt K. Hasler, Vizepräsidentin Gemeindekommission, dass er einen interessanten Rückblick auf ein spezielles Jahr 2020 in der Gemeinde bietet. Trotz den ausserordentlichen Umständen mit Corona ist vor allem in der zweiten Jahreshälfte vieles wieder möglich gewesen und sehr viel wurde umgesetzt. Der Gemeinderat hat sich in seiner neuen Zusammensetzung finden können und verantwortet erstmals mit Jeanne Locher-Polier als Gemeindepräsidentin den Jahresbericht 2020. K. Hasler bedankt sich im Namen der Gemeindekommission für diesen Rückblick.

Weiter erläutert K. Hasler, Vizepräsidentin Gemeindekommission, dass in der Gemeindekommission festgestellt wurde, dass gewisse Anstellungen gemäss Obligationenrecht (OR) erfolgen. Es fällt auf, dass diese oft bereits nach kurzer Zeit in Anstellungen nach Personalreglement (PR) umgewandelt werden. Die Gemeindekommission wurde diesbezüglich vom Gemeinderat in Kenntnis gesetzt, dass es sich um ein bewährtes System handelt, da die Verträge nach Personalreglement schwerer kündbar sind. Sie werden darum mit Vorsicht abgeschlossen.

K. Hasler, Vizepräsidentin Gemeindekommission, bestätigt, dass die Gemeindekommission in diesem Sinn den Jahresbericht 2020 zur Kenntnis genommen hat.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei der Vizepräsidentin der Gemeindekommission, K. Hasler, für ihre Ausführungen und erkundigt sich, ob das Eintreten bestritten ist.

://: Das Eintreten wird nicht bestritten.

Wortmeldungen zu diesem Traktandum:

Hanni Huggel erläutert, dass es der Jahresbericht 2020 verdient, dass man ein paar Worte darüber verliert. Es handelt sich um einen Jahresbericht in Papierform, worüber sich H. Huggel ganz besonders freut und hofft, dass man auch in Zukunft den Jahresbericht in Papierform erhalten kann. Der Jahresbericht ist so übersichtlicher und man kann schneller etwas suchen. Der Jahresbericht ist sehr übersichtlich gestaltet und sehr informativ, man erfährt vieles aus der Gemeinde und für die gewöhnlichen Leute in der Gemeinde ist es ein sehr gutes Hilfsmittel.

Weiter betont H. Huggel, dass es der SP ein sehr grosses Anliegen ist, allen Verwaltungsangestellten ganz herzlich "ein grosses Dankeschön" auszusprechen. Ohne diese Verwaltungsangestellten würde die Gemeinde nicht so aussehen wie jetzt. Diese Angestellten sind das Herz der Gemeinde, sie setzen alles um. Deshalb ist es der SP ein grosses Anliegen, dass ein grosses Dankeschön an die Verwaltungsangestellten ausgesprochen wird und der Gemeinderat es auch so weiterleitet.

Im Wochenblatt konnte man über die "Stabilisierung Gemeindefinanzen" lesen. Es handelt sich um einen Artikel, bei dem man nicht so recht wusste, was man damit anfangen soll. Man wusste nicht, ob dieser Artikel die Angestellten oder jemand anders angeht. Es war auch nicht klar, wer jetzt spart bzw. wo man sparen will.

Hanni Huggel hofft, dass alles, was Münchenstein lebenswert macht, wie eine Bibliothek, ein Mittagstisch, ein Robi-Spielplatz und alle Unterstützungen für die Vereine und Spielplätze etc. nicht auf dem Sparschirm der Gemeinde sind.

An den Verwaltungsangestellten zu sparen, ihnen mehr Arbeit aufzuhalsen, aufgrund von Kündigungen etc., geht auch nicht. Für H. Huggel ist es ganz wichtig, dass man die Angestellten auf der Gemeindeverwaltung mit genügend Wertschätzung unterstützt und weiter behält. Auslagerungen von z. B. Putzpersonal, das über Jahre bereits für die Gemeinde arbeitet und dann plötzlich die Stelle verliert, weil man das Gefühl hat, dass man diese Arbeit an ein Institut auslagern muss, da sie billiger erledigt werden kann, geht auch nicht. Deshalb bittet H. Huggel den Gemeinderat, dass die Angestellten mit Niedriglohn nicht auch im Rahmen von den Sparmassnahmen abgebaut werden.

H. Huggel hofft, unter Traktandum 4, mehr Informationen zu diesen Themen zu erhalten, da der Artikel schon für ziemlich Aufruhr gesorgt hat. Sie spricht nochmals ein ganz herzliches Dankeschön an die Verwaltung und den Gemeinderat aus mit der Bitte, den Angestellten Sorge zu tragen.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Hanni Huggel für ihre Ausführungen und übergibt das Wort an Arnold Amacher.

Arnold Amacher erläutert, dass im Jahresbericht ausführliche Informationen zu vielen Themen vorliegen, z. B. bei einem Wasserbruch, Einsätzen der Feuerwehr, Bussen der Gemeindepolizei etc., aber der Schulbereich fehlt. Der Schulbereich existiert lediglich als Auflistung von Immobilien sowie bei den einleitenden Worten der Departementsvorsteher zum Thema Betreuungsgutscheine. Was aber im Schulbereich seit acht Jahren brennt, nämlich die Schulraumfrage, wird nirgends im Jahresbericht erwähnt. Deshalb bittet A. Amacher, dieses wichtige Thema im nächsten Jahresbericht definitiv aufzunehmen. Die Schule hat es verdient, dass mit ihr bezüglich der Schulräume in dieser Gemeinde endlich Klartext gesprochen wird.

Der Antrag des Gemeinderates lautet wie folgt:

://: Der Gemeindeversammlung wird beantragt, vom vorliegenden Jahresbericht für das Jahr 2020 Kenntnis zu nehmen.

Dieser Beschluss untersteht nicht dem fakultativen Referendum

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier erläutert, dass

://: **vom Jahresbericht 2020 Kenntnis genommen wird.**

Dieser Beschluss untersteht nicht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 3

Jahresrechnung 2020

Gemeinderat A. Knörzer erläutert die Jahresrechnung 2020 mittels PowerPoint-Präsentation und liefert vorab eine allgemeine Übersicht der Finanzkennzahlen (Ergebnisübersicht Gesamthaushalt) zum Rechnungsjahr 2020.

Er erläutert, dass aufgrund der vorhergehenden Wortmeldungen wahrscheinlich weniger die Vergangenheit, sondern viel mehr die Zukunft der Zahlen von Interesse ist.

Als wichtige Schlüsselzahlen erwähnt Gemeinderat A. Knörzer die folgenden:

Die Jahresrechnung 2020 schliesst bei einem Gesamtaufwand von CHF 62'547'235 und einem Gesamtertrag von CHF 59'134'154 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 3'413'081 ab (Budget: Aufwandüberschuss CHF 1'676'967). Die Abweichung gegenüber dem Budget beträgt CHF -1'736'114.

Die Schulden betragen per Ende 2020 CHF 72 Mio. Das Eigenkapital liegt mit CHF 72.0 Mio. per Ende 2020 immer noch auf einer soliden Basis, wird in den nächsten Jahren aber vermutlich abnehmen. Die Schulden werden tendenziell eher zunehmen.

Die Nettoinvestitionen betragen CHF 2.9 Mio. Über einen längerfristigen Zeitraum gesehen sollten jährlich ca. CHF 4 Mio. in den Unterhalt von diversen Sachen –vor allem aber in die Infrastruktur investiert werden. Es ist aber nicht wirklich nötig, dies jedes Jahr so vorzunehmen, sondern über eine längere Periode hinweg. Es gab auch schon Jahre, in denen deutlich mehr investiert wurde, z. B. während der Schulhausbauten Löffelmatt und Lange Heid.

Weiter zitiert Gemeinderat A. Knörzer die Erfolgsrechnung des Allgemeinen Haushalts.

Das betriebliche Ergebnis ist dunkelrot, was nicht erstaunlich ist. Damit muss man leben. Den Betrieb ausgeglichen zu gestalten, ist fast nicht möglich, es würde sich um eine Herkulesaufgabe handeln. Was hier auffällt ist, dass es deutlich schlechter ausgefallen ist als das Budget.

Beim Ergebnis aus Finanzierung liegt man knapp unter dem Budget, was hauptsächlich aus zwei Buchungen resultiert (Helvetiahäuser) und nachfolgend noch detailliert erläutert wird.

Das operative Ergebnis zeigt einen Aufwandüberschuss von rund CHF 6.5 Mio. Das ausserordentliche Ergebnis von CHF 3.2 Mio. fällt aussergewöhnlich hoch aus. Darin enthalten sind Vorfinanzierungen, die jedes Jahr zur Kompensation der Abschreibungen für Bauten, die erstellt worden sind, verwendet werden. Weiter wurden diejenigen Vorfinanzierungen für Projekte, die noch nicht realisiert wurden, erfolgswirksam aufgelöst. Diesbezüglich besteht die kantonale Vorgabe, dass innerhalb von fünf Jahren nach der Bildung von Vorfinanzierungen (und diese wurden im Jahr 2017 gebildet) ein Projekt aufgezeigt werden muss, oder die Vorfinanzierungen müssen erfolgswirksam ausgebucht werden. Wenn man später doch das Projekt realisieren will, dann erfolgt dies über den normalen Kreditentscheid in Abhängigkeit des benötigten Betrages (Budgetkredit oder Sondervorlage). In der Rechnung 2020 wurden nicht benötigte Vorfinanzierungen von CHF 2.5 Mio. aufgelöst. Als Gesamtergebnis resultiert schlussendlich ein Aufwandüberschuss von CHF 3.4 Mio.

Wenn man die einzelnen Positionen nach den Funktionsstufen anschaut, dann stellt man fest, dass man nicht nur bei den Erträgen schlechter ist als budgetiert, sondern auch beim Aufwand wurde mehr gebraucht als in den meisten Fällen budgetiert wurde.

Auf der Personalkostenseite verzeichnet man eine Zunahme, und zwar nicht nur in der allgemeinen Verwaltung, sondern auch im Bildungsbereich. Der Bildungsbereich erscheint aber positiv, weil man dort ein Projekt durch die Auflösung von nicht benötigten Vorfinanzierungen (CHF 1.5 Mio. Sanierung Schulhaus Lange Heid) korrigiert hat.

Covid-19 hat viele negative Nebeneffekte mit sich gezogen. Ein positiver Nebeneffekt ist jedoch die Vermietung des Kuspo an den Kanton, womit ein zusätzlicher Ertrag erwirtschaftet werden konnte. Dies hat dazu geführt, dass der Bereich Kultur, Sport, Freizeit, Kirche besser als budgetiert abgeschlossen hat.

Der Gesundheitsbereich ist generell schwierig zu budgetieren. Bei der Spitex wurden mehr Ausgaben verzeichnet als geplant. Eine weitere Abweichung ist beim Verkehr zu verzeichnen, wo ein Mehrertrag durch die Auflösung der nicht benötigten Vorfinanzierung «Sanierung der Stöckackerstrasse» erzielt werden konnte. Bei den Steuereinnahmen liegt man deutlich unter Budget, was etwas später im Detail erläutert wird.

Weiter erläutert Gemeinderat A. Knörzer die wesentlichsten Abweichungen vom Budget zur Rechnung. Letztes Jahr wurde darüber abgestimmt, dass die Liegenschaften an der Kaspar Pfeiffer-Strasse (Helvetia Liegenschaften) gekauft werden. Beim Kauf wurden die Erträge rückwirkend für das ganze Jahr 2020 eingenommen. Gleichzeitig musste eine einmalige Wertanpassung (Aufwand) von CHF 1.1 Mio. vorgenommen werden aufgrund kantonaler Bewertungsvorgaben. Trotzdem war dieser Kauf kein schlechter Entscheid und kein schlechter Kauf, da sich der Immobilienbereich stets weiterentwickelt: Weiter haben strategische Überlegungen sowie Überlegungen betreffend Wohnraumsicherung zu diesem Vorgehen geführt. Zudem hat sich die Vermietungssituation verbessert, sodass im 2021 bereits deutlich mehr Mieterträge generiert werden konnten. Man kann diesbezüglich auch für das Jahr 2022 von besseren Werten ausgehen. Der Nettoeffekt war für das letzte Jahr einmalig negativ.

Als nächstes erläutert Gemeinderat A. Knörzer die Verminderung des Steuerertrages um insgesamt CHF 4.3 Mio. Bei den gebuchten Steuererträgen, die als Ertrag in der Erfolgsrechnung aufgeführt sind, wird oft angenommen, dass diese so fix "in Stein gemeisselt" sind. Dabei handelt es sich aber um Schätzungen, die auf den Vorgaben des Kantons basieren. Der Veranlagungsstand für die Steuern vom 2020 lag bei den natürlichen Personen gerade einmal bei 8.5 %, als im Februar die Hochrechnung für den Jahresabschluss erstellt wurde. In der Zwischenzeit ist er natürlich bereits höher.

Der Corona-Effekt bei den Steuern wird etwa auf CHF 1.2 Mio. geschätzt. Was auch eine Rolle spielt, ist die Bevölkerungsentwicklung, die sich nicht so entwickelt hat, wie sie budgetiert wurde und somit mit etwa CHF 400'000 zu Buche schlägt. Im erwarteten Wachstum hat eine Verzögerung stattgefunden, die bereits mehrmals anlässlich einer Gemeindeversammlung thematisiert wurde. Wenn der Zuwachs nicht über die Quartierpläne und Neubauten erreicht werden kann, ist es schwierig und man muss damit rechnen, dass die Bevölkerungszahl abnimmt. Die Korrektur der Steuereinnahmen aus Vorjahren spielt auch eine Rolle (Niveauverschiebung). Es gibt immer wieder Jahre, in denen Korrekturen bei Steuern aus Vorjahren stattfinden. Einige Jahre gingen diese nach oben, aber in den letzten zwei Jahren musste nach unten korrigiert werden.

Weiter erläutert Gemeinderat A. Knörzer den Einkommenssteuer-Beitrag, die Vermögenssteuer und den Quellensteuer-Beitrag. Dabei ist zu beachten, dass Münchenstein von der Struktur her anders ist als z. B. Arlesheim. In Münchenstein sind die Einkommenssteuer-Erträge wichtiger als die Vermögenssteuer-Erträge.

Eine ähnliche Situation besteht auch bei den juristischen Personen: Der Veranlagungsstand für das Steuerjahr 2020 liegt mit rund 1.3 % noch tiefer als bei den natürlichen Personen. Das liegt daran, dass der Jahresabschluss von einem Unternehmen komplexer ist als eine Steuererklärung einer natürlichen Person. Auch hier gibt es leichte Korrekturen nach unten für das laufende Jahr, aber relativ wenig, da die Covid-Situation die Unternehmen vermutlich nicht so stark beeinträchtigt hat. Basierend auf den Vorjahren können verschiedene Faktoren auf die Korrekturen Einfluss nehmen, wie z. B. strukturelle Anpassungen, grosse Investitionen etc., bei denen die Entwicklung erst zu einem späteren Zeitpunkt festgestellt werden kann. Zusammengefasst kann man auch hier eine Korrektur nach unten feststellen.

Als nächstes erläutert Gemeinderat A. Knörzer die Investitionsrechnung. Die Nettoinvestition des allgemeinen Haushalts betragen rund CHF 2.6 Mio., budgetiert waren CHF 3.8 Mio. Die Abweichung wird begründet mit einer zeitlichen Verschiebung von Bauten, z. B. Investitionen in Erneuerungen von Strassen. Es handelt sich somit nicht um tatsächliche Einsparungen, sondern lediglich um zeitliche Verschiebungen auf das Jahr 2021 und die Folgejahre.

Bei den Kranken- und Pflegeheimen fallen Investitionseinnahmen an, gleich wie letztes Jahr, aufgrund der jährlichen Amortisationszahlungen der Stiftung Hofmatt für die von der Gemeinde gewährten Darlehen.

Als erste Finanzkennzahl erläutert Gemeinderat A. Knörzer die Selbstfinanzierung. Diese fällt im Jahr 2020 negativ aus, d. h. die Abschreibungen und übrigen Bestandteile der Selbstfinanzierung vermögen das negative Gesamtergebnis nicht zu kompensieren. Somit können die Investitionen nicht aus eigener Kraft finanziert werden. Das ist auf die Dauer nicht befriedigend und sicher eine der Kennzahlen, die unter Beobachtung bleiben muss.

Einigermassen beruhigend ist die Tatsache, dass sich die Gemeinde die Schulden, die sie aufnehmen muss, auch leisten kann. Im Verhältnis zum Eigenkapital hat die Gemeinde noch nicht überbordende Schulden. Zudem ist der Zinsbelastungsanteil mit 0.0 % auf tiefem Niveau und lässt damit weiteren Handlungsspielraum für zusätzliche Fremdkapitalaufnahmen offen. Für die

Liegenschaften Kaspar Pfeiffer-Str. (Helvetia Häuser) betrug der Zinsbelastungsanteil ca. 0.1 % für die CHF 20 Mio. auf die verschiedenen Laufzeiten, was ein sehr tiefer Zinssatz ist. Aber auch hier muss man vorsichtig sein, da dieser Betrag irgendwann wieder refinanziert werden muss. Im Moment kann man aber davon ausgehen, dass in den nächsten 1-2 Jahren der Zinssatz nicht massiv steigen wird.

Auch die Finanzstabilisierungsmassnahmen können ruhig, aber trotzdem zielgerichtet, angegangen werden. Der Grund dafür ist, dass die Gemeinde nicht über Nettoschulden, sondern über ein Nettovermögen verfügt, d. h., dass hinter den Schulden der Gemeinde auch Vermögenswerte stehen.

Wie bereits erwähnt, haben also die externen verzinslichen Schulden gegenüber 2019 im Jahr 2020 um CHF 25 Mio. zugenommen, was hauptsächlich auf den Kauf der Liegenschaften Kaspar-Pfeiffer-Str. (Helvetia Häuser) von CHF 20 Mio. sowie noch andere Investitionen zurückzuführen ist. Dieser Schuldenbestand von CHF 72 Mio. muss in den nächsten Jahren sukzessive refinanziert werden. Dabei ist zu erwähnen, dass die Staffelung sehr gut ist und ein Zinsrisikomanagement gemacht wird, damit nicht der ganze Betrag in einem ungünstigen Moment refinanziert werden muss.

Bei dieser Gelegenheit bedankt sich Gemeinderat A. Knörzer bei Alain Maier, Leiter Finanzen und Steuer a. i., für die hervorragende Arbeit, speziell in diesem Zusammenhang, aber auch allgemein für die Finanzen.

Weiter präsentiert Gemeinderat A. Knörzer das Eigenkapital und den Bilanzüberschuss (welcher Teil des EK ist) von 2015-2020. Das negative Gesamtergebnis wurde dem Bilanzüberschuss entnommen, Die Vorfinanzierungen für noch nicht realisierte Projekte sowie die Vorfinanzierungen für bereits realisierte Projekte werden getrennt aufgeführt.

Gemeinderat A. Knörzer holt das Einverständnis von Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier ein, dass er die Spezialfinanzierungen gleich im Anschluss präsentieren kann. Die Gemeindepräsidentin ist mit seinem Vorschlag einverstanden.

Spezialfinanzierungen:

Bei der Wasserversorgung ist ein besseres Ergebnis zu verzeichnen als budgetiert. Bei den Sachaufwänden wurde besser gewirtschaftet, was zu einer Reduktion geführt hat. Andererseits mussten auf Anweisung des Statistischen Amtes BL zusätzliche Abschreibungen auf alten Anlagen des bestehenden Verwaltungsvermögens verbucht werden. Auf der Ertragsseite resultieren keine grösseren Budgetabweichungen. Bei den Investitionen sind die grösseren "Brocken", nämlich der Bau des neuen Pumpwerkes in der Brüglingerebene, erst im Jahr 2021 zu erwarten.

Bei der Abwasserbeseitigung konnte auch ein besseres Ergebnis erzielt werden, als ursprünglich budgetiert. Investitionen wurden in diesem Bereich nur sehr wenige getätigt und auch das Eigenkapital kann als gut bewertet werden.

Die Abfallbeseitigung ist der einzige Bereich, in dem man schlechter abgeschlossen hat als budgetiert, allerdings in einem überschaubaren Rahmen. Bei den Abfallgebühren haben sich die Einnahmen etwas reduziert. Entweder hat die Bevölkerung weniger Abfall produziert, was sehr gut wäre bezüglich der Ökologie, oder es wurde am falschen Ort entsorgt, was natürlich sehr schlecht wäre. Bezüglich. Eigenkapital muss man sich hier, auch in Bezug auf die Vorgaben des Kantons, keine Sorgen machen.

Weiter erläutert Gemeinderat A. Knörzer, dass es bei den Anträgen des Gemeinderates darum geht, sowohl den Gesamthaushalt als auch gleichzeitig die Spezialfinanzierungen zu genehmigen.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Gemeinderat A. Knörzer für seine Ausführungen und stellt Alain Maier, Leiter Finanzen und Steuern a. i., vor, dessen Arbeit auch vom Gemeinderat sehr geschätzt wird.

Weiter übergibt Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier das Wort an Matthias Grüninger, Präsident der Rechnungsprüfungskommission. Sie informiert, dass der Bericht der Rechnungsprüfungskommission auf S. 141 im ausführlichen Bericht zur Rechnung abgedruckt ist. In der Kurzfassung der Rechnung (Broschüre), befindet sich der Bericht der Rechnungsprüfungskommission auf S. 14.

Matthias Grüninger, Präsident der Rechnungsprüfungskommission, erläutert, dass die Rechnungsprüfungskommission in ihrem letzten Bericht zum Budget und zum Finanzplan die Entwicklung der Finanzsituation der Gemeinde als schwierig beurteilt. Sie ist zur Einschätzung gekommen, dass eine ernsthafte Verbesserung der Finanzlage nur möglich ist, wenn es auf der Aufwandseite wesentliche Veränderungen gibt. Dass man jetzt mit dem Ergebnis 2020 unter dem Budget liegt, macht das Problem natürlich nicht besser.

Im Bericht der Rechnungsprüfungskommission zur Rechnung 2020 geht es allerdings nicht um eine finanzpolitische Würdigung des Ergebnisses 2020, sondern im Rahmen des gesetzlichen Auftrages wird die Richtigkeit und Vollständigkeit der Rechnung geprüft. Diese Arbeit wird in Zusammenarbeit mit dem Revisionsunternehmen BDO durchgeführt. Geprüft werden jeweils die Bilanz, die Erfolgsrechnung sowie die Investitionsrechnung. Die Rechnungsprüfungskommission legt die Themen fest, die vertieft geprüft werden. Dabei können auch Prozesse im Finanzbereich vertieft werden, so wie dieses Jahr die Debitorenbewirtschaftung.

Die BDO hat in ihrer Prüfung keine wesentlichen Feststellungen zu verzeichnen und hat deshalb die Jahresrechnung 2020 für in Ordnung befunden. Empfehlungen der BDO wurden von der Finanzverwaltung aufgenommen. Basierend auf der Arbeit der BDO und Besprechungen mit der Finanzverwaltung kommt die Rechnungsprüfungskommission zum Schluss, dass die Durchführung und Rechnungslegung der Jahresrechnung 2020 den gesetzlichen Bestimmungen sowie den allgemeinen anerkannten Grundsätzen der Buchführung entsprechen. Einerseits bedeutet dies, dass die Finanzverwaltung sehr gute Arbeit leistet, wofür sich M. Grüninger an dieser Stelle ganz herzlich bei der Finanzverwaltung bedankt. Andererseits bedeutet es, dass die Rechnungsprüfungskommission der Gemeindeversammlung empfiehlt, die Rechnung 2020 zu genehmigen.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Matthias Grüninger, Präsident der Rechnungsprüfungskommission, für seine Ausführungen und übergibt das Wort an Kathrin Hasler, Vizepräsidentin der Gemeindekommission.

K. Hasler, Vizepräsidentin der Gemeindekommission, bedankt sich auch seitens der Gemeindekommission bei Gemeinderat A. Knörzer sowie dem Leiter Finanzen und Steuern a. i., A. Maier und seinem Team, für die grosse und ausgezeichnete Arbeit.

Die Jahresrechnung wurde in der Gemeindekommission sehr kritisch und detailliert diskutiert. Die Gemeindekommission bedauert, dass besonders durch die juristischen Personen grosse Steuereinnahmen erfolglos sind. Offensichtlich bringt aber Wohnen mehr, im Hinblick auf Steuereinnahmen, als Industrie und Gewerbe. Privatwirtschaftliche Unternehmen können eher über Sponsoring zu den Einnahmen der Gemeinde beitragen.

Es wurde ausserdem viel über diverse Sanierungsarbeiten und Renovationen von Gemeindeliegenschaften gesprochen. Offensichtlich haben alle diese Budgetposten entweder in der laufenden Sanierung oder sogar noch vor Beginn der Sanierung neu beurteilt werden müssen. Gewisse Arbeiten wurden schlussendlich gar nicht durchgeführt oder aber, sie sind in einem anderen Mass, oft in grösserem Mass als voranschlagt, ausgeführt worden. Teilweise hat man auch aus Sicherheitsgründen oder wegen besonders günstigen Offerten sehr schnell reagieren müssen. In nächster Zeit werden übrigens auch die Alti Gmeini sowie die Schulhäuser Loog und Neuwelt saniert.

Für das Schulhausprovisorium Neuwelt sind 2020 in einem Schnellverfahren CHF 421'000 für den Kauf bereitgestellt worden. Dazu wurde in der Gemeindekommission die Frage gestellt, ob damit nicht die Finanzkompetenz des Gemeinderates überschritten worden ist. Der Gemeinderat verweist dazu auf die Dringlichkeit des Bedarfs an Schulraum, der die Investition rechtfertigt. Das Budget für den Schulraum wird ja in der Regel im November gesprochen, die Klasseneinteilungen finden im April statt. Wenn sich bis dann die Situation geändert hat, muss gemäss Gemeinderat eine Notlösung gefunden werden.

Bei der Gemeindekommission wurde separat über den Gesamthaushalt und die Spezialfinanzierungen abgestimmt. Die beiden Abstimmungen ergaben folgende Resultate:

://: Der Gesamthaushalt wurde mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt

://: Die Spezialfinanzierungen wurden mit 8 Ja-Stimmen genehmigt

Ein Mitglied der Gemeindekommission war zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei der Vizepräsidentin der Gemeindekommission, Kathrin Hasler, für ihre Ausführungen und erkundigt sich, ob das Eintreten bestritten ist.

://: Das Eintreten wird nicht bestritten.

Wortmeldungen zu diesem Traktandum:

Sven Mathis spricht im Namen der FDP und nimmt zu der Jahresrechnung 2020 Stellung. Die FDP hat die Rechnung 2020 genau angeschaut und hat den operativen Verlust von CHF 6.6 Mio. zur Kenntnis genommen. Weiter hat sie das operative Ergebnis vor dem Liegenschaftsverkauf und den Wertanpassungen durch die Vorfinanzierungen, nämlich das strukturelle Defizit, definiert. Die Idee wäre, dass man dort über einen Zyklus hinweg positiv ist, was jedoch mit den CHF 5.6 Mio. im Minus deutlich nicht der Fall ist. Man kann auch keine Tendenz erkennen, da die Gemeinde nicht fähig ist, aus den laufenden Erträgen, ihre Ausgaben zu finanzieren.

Es war zwar eine Ausnahmesituation mit der Corona-Pandemie, die CHF 1.9 Mio. gekostet hat. Ohne diesen Wert ist die Gemeinde trotzdem mit ca. CHF 3.76 Mio. im Minus. Dieser Wert gibt sehr zu denken, da man die Situation nicht lange in diese Richtung weiterziehen kann. Man darf auch nicht die Illusion haben, dass man dies alleine mit Steuererhöhungen ausgleichen kann. Von den natürlichen Personen sind Steuereinkommen (Einnahmenssteuer) von etwa CHF 24.5 Mio. zu verzeichnen. Wenn man das ins Verhältnis setzt mit den CHF 3.76 Mio., dann sind das etwa 15.3 %, wo eine Steigerung stattfinden müsste, was nicht sehr realistisch ist. Es muss also auch auf der Kostenseite entsprechend etwas passieren. Niemand spart freiwillig gern, aber diesmal lässt es sich nicht vermeiden.

Die FDP ist über das Vorgehen erstaunt. Die letzte Gemeindeversammlung war besser besucht als die aktuelle, wo man über Nettoinvestitionen von CHF 5.7 Mio. für Sport- und Freizeitanlagen gesprochen hat. Alle sind sich absolut einig, dass es wichtig ist, dass es gemacht wird, was auch mit sehr wenigen Gegenstimmen angenommen wurde. Dazumal ist jede Kritik bezüglich Optimierung der Kosten gehörlos untergegangen. Wenn es gelungen wäre, 1.05 % von dieser Summe einzusparen, dann hätte man die CHF 60'000, die jetzt für den Schulstandort Dillacker zur Diskussion stehen, zur Verfügung, was jetzt nicht der Fall ist. Die FDP hat das Gefühl, dass es die eine oder andere Möglichkeit gibt, wenn man auf einen "Gold-Standard" verzichtet, Einsparungen vorzunehmen. S. Mathis ist fest davon überzeugt, dass wenn man damals eine Reduktion von den 1.05 % vorgenommen hätte, die Spielplätze und die Freizeitanlagen genau so toll realisiert werden könnten, wie sie jetzt realisiert werden. Es ist klar, dass es sich immer um unpopuläre Massnahmen handelt. Wenn man aber jetzt das Ruder nicht auf die andere Seite reisst, wird es nicht besser, sondern immer schwieriger.

Weiter ist auch ein nachhaltig profitables Wachstum nötig. Von S. Mathis persönlich gesehen ist das der Weg, der auch der Bevölkerung am wenigsten weh macht. Man muss dann nicht die Steuern erhöhen oder die Ausgaben senken, sondern es ist etwas, das dazu kommt. Dabei sind die Quartierplanungen essenziell wichtig. Für S. Mathis ist es ein Anliegen, nicht nur ökologische Standards zu setzen, sondern dass die Sachen auch ökonomisch angeschaut werden. Eine Quartierplanung muss Sinn machen für die Gemeinde, wobei irgendwo eine schwarze Null herauskommen muss. Man muss die Kosten, den Schulraumbedarf etc. und den erwarteten Ertrag aus dieser Transaktion kennen. Schlussendlich ist es etwas, das 15 bis 25 Jahre dasteht und dann hat man viel weniger Möglichkeiten, noch Anpassungen oder Änderungen vorzunehmen. Somit muss sowohl der ökologische wie auch der ökonomische Hintergrund bei solchen Projekten stimmen.

Das Gesamtergebnis wurde mit den Auflösungen der Vorfinanzierungen etwas "aufgepeppt", was auch durchaus legitim ist. Herr A. Knörzer hat es als "Heilung" bezeichnet. Die FDP versteht unter Heilung, wenn der Patient wieder gesund ist. Deshalb ist es für die FDP eher eine "Pflasterli-" oder "Salbenpolitik". Einige Pflaster wurden bereits verbraucht, andere stehen noch zur Verfügung. Vielleicht kommt aber bald einmal der Moment, wo es eng wird mit den Pflastern.

Die Argumentation betreffend die Verbuchung des Eigenkapitals ist auch immer ein heikles Thema: Die Gemeinde verfügt mit den CHF 72 Mio. über viel Eigenkapital. Dabei muss aber beachtet werden, dass CHF 16.6 Mio. davon zweckgebunden sind, weshalb für den Allgemeinen Haushalt etwa CHF 55.4 Mio. zur Verfügung, die noch 77 % der Summe, von welcher immer gesprochen wird, darstellen.

Die Wahl vom "Bienenhotel" in der Rechnung 2020 findet S. Mathis sehr passend, da Bienen fleissig sind, aber sie sind auch sozial. Sparen ist nicht einfach ein Hobby, sondern es entsteht aus einer Notsituation heraus. Die Gemeinde muss sparen und das erhalten, was Münchenstein lebenswert macht. Sie muss aber auch schauen, dass die nächste Generation auch noch das

erhalten kann, was lebenswert ist. Man darf diese Generation nicht in eine Situation hineinmanövrieren, in der es keinen Ausweg mehr gibt und alles gestrichen werden muss.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei S. Mathis für seine Ausführungen und übergibt das Wort an P. Rickenbach.

Patrick Rickenbach, SP bedankt sich bei Alain Maier, Leiter Finanzen und Steuern a. i., und seinem ganzen Finanzteam, für den einmal mehr sehr übersichtlichen und sehr informativen Rechnungsbericht. Es bereitet nicht alles Freude, was man im Rechnungsbericht lesen kann, schon gar nicht die roten Zahlen beim Gesamtergebnis.

Und manchmal sind es auch die vermeintlich kleinen Sachen, die für Erstaunen sorgen. So z. B. der Umzug der Sozialen Dienste in die Känelmattstrasse 7. Budgetiert war ein Investitionskredit von CHF 120'000, der von der Gemeindeversammlung mit dem Budget 2020 genehmigt wurde. Die Gesamtkosten des Umzugs betragen dann CHF 270'000, eine Kostenüberschreitung von 125 %! In normalen Zeiten hätte dies einen Nachtragskredit zur Folge gehabt, aufgrund des desolaten Zustandes des alten Standortes hat der Gemeinderat die Mehrkosten von CHF 150'000 gleich selbst gesprochen. P. Rickenbach ist der Meinung, dass man vom zuständigen Gemeinderat und der Bauverwaltung durchaus erwarten darf, dass sie solche Projekte inskünftig seriöser planen und durchführen.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei P. Rickenbach für seine Ausführungen und übergibt das Wort an A. Amacher.

Arnold Amacher möchte sich zuerst an der eigenen Nase nehmen und bei Sven Mathis anknüpfen. Eine Vorlage wie das Sport- und Freizeitanlagen-Konzept darf der Gemeindeversammlung einfach nicht mehr passieren. Dies wurde A. Amacher erst im Nachhinein so richtig bewusst. Es hätte eine Vorlage für die Fussballplätze sowie Einzelvorlagen zu den Spielplätzen gebraucht. Gemäss Herrn R. Nusch muss man im Löffelmatt etwas machen, aber man will dort CHF 320'000 investieren. A. Amacher ist gespannt, was dort zustande kommt und was das für Berater gewesen sind, welche die Anlage dorthin gestellt haben. Das müsste eigentlich ein finanzielles Nachspiel haben und man müsste abklären, wieso es überhaupt zu diesen Ausgaben kommt. Wenn man vom Sparen spricht, dann muss man vor allem auch die Mittel richtig einsetzen. Deshalb stellt sich die Frage, was bei diesen Spielplätzen effektiv alles gemacht werden muss. An vielen Orten ist dies nicht ersichtlich. Es ist auch nicht ersichtlich, weshalb die Gemeindeversammlung Projekte bewilligen soll, für die es keine Kostenvoranschläge gibt, sondern, wo es sich mehr um Kostenschätzungen handelt, was inakzeptabel ist. Es ist auch inakzeptabel, dass im Budget weiterhin grosse Ausgaben schnell bewilligt werden (S. 83). Diese sollten in Sondervorlagen ausgelagert werden. Es ist auch inakzeptabel, dass man wiederkehrende, grosse Ausgaben, immer über das Budget abhandelt, wie zum Beispiel die Anstellung eines vierten Gemeindepolizisten. Wenn man Geld sparen will, dann muss man dort den Hebel ansetzen, damit man in einzelnen Punkten entscheiden kann, ob eine Vorlage angenommen werden soll oder nicht. Die "Sammel-sendungen" sollten definitiv der Vergangenheit angehören.

Weiter bezieht sich A. Amacher auf die ökonomische Beurteilung der Quartierpläne. Beim nächsten Quartierplan wird ein Gutachten verlangt, das darlegt, was der Quartierplan überhaupt der Gemeinde bringt. Beim vanBaerle ist es bereits gar nicht sicher, dass die Gemeinde einen Vorteil erzielt. Die Gemeindeversammlung hat beschlossen, die Mehrwertabgabe so skandalös tief anzusetzen, dass man die bestehenden Ausgaben für die Infrastruktur gar nie decken kann. Das entspricht der Realität und der bürgerliche Gemeinderat hat damals ganz andere Vorschläge gemacht, doch die Gemeindeversammlung hat es besser gewusst und ist bei der Mehrwertabgabe von 40 % auf 25 % runter. Jetzt sind dies alles verlorene Einnahmen.

Weiter zeigt sich A. Amacher überrascht, dass niemand von den Einnahmen spricht. Es spricht niemand davon, dass man die Steuervorlage¹⁷ angenommen hat und damit CHF 3 Mio. weg sind. Jetzt spricht man vom Sparen, aber es müssen auch mehr Einnahmen generiert werden. Es stellt sich z. B. die Frage, wie eine Firma, bei der die Gemeinde Genossenschafterin ist, CHF 1 Mio. weniger Steuern zahlt, nur, weil sie jetzt eine andere juristische Unternehmensform hat. Die Million, die hier verloren geht, gibt die Firma aus für den CEO, für den Verwaltungsratspräsidenten und für den Verwaltungsrat. Bei der Gemeinde fehlt aber diese Million bei den Einnahmen. Diese Themen sollten untersucht und angeschaut werden, ob man solche Firmen anders besteuern kann.

Wenn man sagt, dass Münchenstein mehr Einwohner braucht, dann ist das ein verschwindend kleiner Teil von ca. 10 % von dem, was bei den Firmen verloren geht. Auf Bundesebene ist man

jetzt daran, noch mehr Steuersenkungen für die Firmen zu definieren. Diese Rechnung kann für die Gemeinden nie aufgehen.

Betreffend das Sponsoring der Spielplätze empfiehlt A. Amacher noch den Fonds von Roger Federer anzufragen. Dieser Fonds wird aus den Einnahmen von Tourismus Schweiz genau für solche Projekte gespiesen. A. Amacher bittet den Gemeinderat, bei diesem Fonds anzufragen, welchen Beitrag sie für die Spielplätze in Münchenstein leisten könnten.

Weiter hat A. Amacher noch eine Frage zu Seite 16 der Rechnung 2020 betreffend Neuwelt. Er erkundigt sich, unter welchem Rechtstitel der Gemeinderat die CHF 380'000.- für die Provisorien bewilligt hat. Jetzt hat es im Dillacker nicht genug Geld für ein Schulhausprovisorium. Eventuell war die Freigabe des Geldes illegal, da der Gemeinderat seine Finanzkompetenz überschritten und keine Vorlage erstellt hat, weder für die Gemeindekommission, noch für die Gemeindeversammlung. Das geht jetzt einfach bei der Rechnung 2020 über den Tisch.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei A. Amacher für seine Ausführungen und übergibt das Wort an den Geschäftsleiter, Stefan Friedli.

Der Geschäftsleiter, Stefan Friedli, erläutert, dass die Ausgabe getätigt wurde, weil eine gewisse Dringlichkeit bestanden hat und Schulraum zur Verfügung gestellt werden musste. Wenn eine Ausgabe keinen Aufschub erträgt, dann hat der Gemeinderat grundsätzlich die Kompetenz, eine solche Ausgabe zu tätigen. Grundsätzlich muss man hier nicht zu stark die Klinge kreuzen, da es Instrumente und Rechtsmittel gibt, die jeder Bürger hat und ergreifen kann, wenn er das Gefühl hat, dass eine illegale Handlung vorgenommen wurde.

Gemeinderat A. Knörzer bemerkt, dass es noch eine unterschwellige Frage wegen der Besteuerung der Unternehmen gibt, ob man diesbezüglich ein anderes Vorgehen einschlagen könnte, was leider nicht möglich ist. Es gibt ein Steuergesetz, aber es gibt kein Unternehmenssteuergesetz Münchenstein. Somit gibt es keine Möglichkeit, diesbezüglich etwas Anderes zu beschliessen, was auch gut ist für die Unternehmen, damit sie mit einer rechtlichen Sicherheit und einer Planungssicherheit rechnen können. Es macht keinen Sinn, jetzt eine Diskussion zu führen, ob diese Unternehmens-Steuerreform sinnvoll ist oder nicht, da man mit dem Ergebnis umgehen muss. A. Knörzer ist ebenfalls nicht glücklich damit.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Gemeinderat A. Knörzer für seine Ausführungen und übergibt das Wort an A. Amacher.

Arnold Amacher kommt nochmals auf die CHF 380'00 zurück und erkundigt sich, welche Rechtsmittel ihm zur Verfügung stehen, um die Ausgabe anzufechten. Im Dillacker ging es um CHF 60'000 und CHF 50'000, was der gleiche Notfall war wie im Neuwelt. Die Begründung im Neuwelt war, dass der Weg ins Lange Heid-Schulhaus zu weit ist, was im Gemeinderats- und Schulrats-Protokoll nachgelesen werden kann. 1,2 km sind deutlich weniger als 1,5 km im Dillacker. Es gibt überhaupt keine Begründung, warum man im Neuwelt andere Massstäbe setzt. A. Amacher glaubt jedoch die Gründe zu kennen. Gemäss ihm steht der Gemeinderat unter Druck bezüglich den Quartierplänen, die umgesetzt werden müssen, da man den Investoren gerecht werden muss. Im Dillacker gibt es keine Investoren, darum besteht auch kein Druck. Die Rechnung zahlen die Kinder, für die sich der Gemeinderat seit zwei Jahren standhaft weigert, im Dillacker das Problem zu lösen. Der Gemeinderat löst auch seit Jahren die ganze Schulraumproblematik nicht - seit acht Jahren, heisst es in einem Schulratsprotokoll. A. Amacher findet die ganze Geschichte im Dillacker unerträglich. Als Grossvater und Kinderarzt mit 40 Jahren Erfahrung kann A. Amacher dies gut beurteilen. Der Gemeinderat hat geschrieben, dass "objektiv beurteilt" der Schulweg zumutbar ist. Es würde A. Amacher interessieren, woher diese Kriterien kommen. Ein knapp 6-jähriges Kind ist nicht objektiv in der Lage im November bei Nebel und Dunkelheit $\frac{3}{4}$ Std. Schulweg zu absolvieren, genauso wenig wie in der Neuwelt.

Der Geschäftsleiter, Stefan Friedli, erläutert, dass er nach dem Exkurs, da der Dillacker nicht Bestandteil der Rechnung ist, gerne eine Antwort geben auf die Frage, die Bestandteil der Rechnung ist, nämlich, was es für Möglichkeiten gibt, wenn man mit einer Beurteilung von einem Ausgabebetrag nicht einverstanden ist. Dabei gibt es zwei Möglichkeiten, wobei die erste noch kein Rechtsmittel ist: Man kann sich bei der Geschäftsprüfungskommission der Gemeinde melden. Die Geschäftsprüfungskommission kann in alle Unterlagen Einsicht nehmen und eine Überprüfung vornehmen sowie entsprechend zu einer Beurteilung kommen, die sie an der Gemeindeversammlung bekannt macht. Das ist also die "gemeindeinterne Lösung".

Es gibt aber auch eine "gemeindeexterne Lösung", das ist eine sogenannte aufsichtsrechtliche Anzeige an den Regierungsrat gegen den Gemeinderat betreffend Überschreitung der Finanzkompetenzen.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei S. Friedli für seine Ausführungen und kommt zurück auf die Rechnung. Sie erläutert, dass Gemeinderat A. Knörzer die Erklärungen zu der Erfolgsrechnung, zu den Investitionen, zu den Spezialfinanzierungen und der Bilanz, den Finanzkennzahlen und auch dem Geldfluss gegeben hat. Die wesentlichen Veränderungen zum Budget können auch in der ausführlichen Fassung der Rechnung auf S. 39-55 nachgelesen werden. Auf S. 58 in der ausführlichen Fassung der Rechnung kann man die funktionale Gliederung im Zusammenzug entnehmen. Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier liest die zehn Kontogruppen und ermuntert die Gemeindeversammlung, sich bei Fragen zu melden. Da es keine Wortmeldungen zu den Kontogruppen gibt, zitiert Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier die Anträge gemäss S. 142 der ausführlichen Fassung der Rechnung, wie folgt:

://:

1. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Jahresrechnung 2020, umfassend die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung, die Bilanz und den Anhang, mit einem Aufwandüberschuss von CHF 3'413'080.88 und Nettoinvestitionen von CHF 2'886'283.16 zu genehmigen. Der Aufwandüberschuss der Jahresrechnung 2020 wird dem Bilanzüberschuss entnommen.

://: Dem Antrag wird mit 54 Ja-Stimmen, 9- Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen zugestimmt.

2. Zusätzlich wird der Gemeindeversammlung beantragt, die Rechnungen 2020 der Spezialfinanzierungen mit folgenden Ergebnissen zu genehmigen:

– 7101 Wasserversorgung:	Ertragsüberschuss	von CHF	93'583.91
– 7201 Abwasserbeseitigung:	Aufwandüberschuss	von CHF	95'449.19
– 7301 Abfallbeseitigung:	Aufwandüberschuss	von CHF	140'644.97

Die Ergebnisse der Spezialfinanzierungen werden jeweils den Verpflichtungen gegenüber den Spezialfinanzierungen entnommen (Aufwandüberschuss) oder in die Verpflichtungen eingelegt (Ertragsüberschuss).

://: Dem Antrag wird mit 72 Ja-Stimmen, keinen Nein-Stimmen und keinen Enthaltungen zugestimmt.

://: Die Jahresrechnung 2020 gemäss oben erwähnten Punkten 1 und 2 wird genehmigt.

Dieser Beschluss untersteht nicht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 4

Verschiedenes

– Information zu den Legislaturzielen 2020-2024

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier präsentiert die Legislaturziele 2020-2024 mittels einer PowerPoint-Präsentation. Sie beginnt ihre Präsentation mit den Legislatorschwerpunkten und den sachpolitischen Zielen. Der Gemeinderat hat schon im November 2020 seine Legislatorschwerpunkte und sachpolitische Ziele im Vorwort und im Kapitel 1 zum Aufgaben- und Finanzplan publiziert. Diese wurden der Gemeindeversammlung am 12. Dezember 2020 vorgestellt. Im Sinne eines Zwischenberichtes informiert Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier die Gemeindeversammlung über den aktuellen Stand der Arbeiten. Sie erläutert, dass sie aufzeigen möchte, in welchen Schwerpunktthemen und Zielen der Gemeinderat auf Kurs ist und wo sich Zielkonflikte ergeben. Weiter wird sie auch aufzeigen, welche Themen vom Gemeinderat noch nicht angegangen werden konnten.

Der Gemeinderat hat vier Themen als Schwerpunktaufgaben in der laufenden Legislaturperiode wie folgt festgelegt:

- Nachhaltige Gemeindeentwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht
- Bereinigung des strukturellen Defizits
- Infrastruktur
- Kommunikation

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier zeigt zu jedem der vier Themen die wesentlichen Inhalte auf und informiert darüber, welchen Kurs der Gemeinderat dafür verfolgt.

Nachdem am vergangenen Wochenende, gemäss der Meinung von Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier sowie auch der Mehrheit der Abstimmenden in Münchenstein, die Ökologie in den Volksabstimmungen zu kurz gekommen ist, wird Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier, anlässlich ihrer Präsentation, der Ökologie etwas mehr Raum bieten.

Der Gemeinderat ist stolz auf den Erfolg, den die Gemeinde zur ökologischen Entwicklung bereits erzielt hat. Die Aufwertung des Teufelsgrabenbachs wurde im Rahmen des Verpflichtungskredits zu Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen-Konzept im März 2021 gesichert. Die Realisierung ist in Planung.

Weiter zeigt die Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier eine Visualisierung der Weiherkette Mühlematt. Auf der Abbildung sind zwei der drei Weiheranlagen im Gebiet Mühlematt sichtbar. Die Arbeiten an dieser Weiherkette wurden Ende 2020 abgeschlossen und der Schlussbericht für den Naturfonds Salzgut konnte Ende Mai 2020 fertiggestellt werden.

Weiter erläutert Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier den Quartierplan vanBaerle: Die Meinungen zu dieser Quartierplanung sind geteilt. Die Referendumsabstimmung findet am 26. September 2021 statt. Tatsache ist, dass keine andere Gemeinde bekannt ist, die in ihren Quartierplanungen so klare und wirksame Auflagen zur Nachhaltigkeit in der Planung und Bau, zur Energieerzeugung und zum Energieverbrauch macht. Diese Vorgaben sind ein grosser Erfolg für Münchenstein und die Gemeinde wird diese auch sinnvoll optimieren.

Es ist ein sehr anspruchsvolles Thema, die demografische Entwicklung der Gemeinde nachhaltig zu beeinflussen. Aktuell befasst sich die Gemeinde mit dem Aufbau von einem Quartiermonitoring. Dabei sollen die Einwohnendaten mit dem geografischen Informationssystem GIS verknüpft werden. Mit gezielten Auswertungen sollen so Veränderungen in der Demografie der Quartiere frühzeitig erkannt werden. Auch wenn das Monitoring noch nicht aufgebaut ist, hat die Gemeinde im Rahmen der Quartierplanung vanBaerle trotzdem Erfolge erzielt und sichergestellt, dass zukunftssträchtige Wohnformen (Single-, Paar-, Familienwohnungen, studentisches Wohnen, Wohnen für Ältere etc., Clusterwohnungen, Atelierwohnungen und genossenschaftliches Wohnen) in einer guten Durchmischung geplant worden sind.

Dass das Bildungsangebot in Münchenstein auf dem Dreispitz mit einem Uni-Standort für die Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät bereichert werden soll, ist allgemein bekannt. Desebezüglich ist die Gemeinde auf Kurs. Die Planungen zu den gemeindeeigenen Arealen Zentrum Gartenstadt, Loog und Bruckfeld schreiten voran. Auch da ist die Gemeinde auf Kurs.

Die Rolle der Gemeinde als Arbeitgeberin wird intensiv diskutiert. Dabei bestehen noch Zielkonflikte zwischen Attraktivität und Finanzen, die gelöst werden müssen.

Ein wirklich grosser Erfolg konnte mit der Genehmigung des Spiel-, Sport- und Freizeitanlagenkonzepts an der Gemeindeversammlung im März 2021 erzielt werden. Die Finanzierung ist gesichert und jetzt wird die Realisierung geplant mit dem Ziel, Begegnungsorte aufzuwerten. Damit ist die Gemeinde auch mehr als auf Kurs. Auch die Freiwilligenarbeit und die Rolle der Vereine wurden in diesem Zusammenhang gestärkt. Auch hier ist die Gemeinde absolut auf Kurs.

Integration und frühe Förderung wird im Rahmen von den schon in der vergangenen Legislaturperiode definierten Zielen weitergeführt. Eine mögliche Verbesserung wird in dieser Legislaturperiode überprüft. Daraus wird ein Massnahmekatalog abgeleitet und die Positionierung von Münchenstein als kinderfreundliche Gemeinde bzw. das Unicef-Label angestrebt.

Die Rolle der Gemeinde als Arbeitgeberin bereitet J. Locher-Polier als Gemeindepräsidentin und auch ganz persönlich grosse Sorgen. Der finanzielle Handlungsbedarf ist unbestritten. Zugleich will die Gemeinde für die Arbeitnehmenden auch weiterhin attraktiv bleiben. Für diesen Zielkonflikt müssen faire und tragbare Lösungen gefunden werden.

Weiter erläutert Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier, dass Gemeinderat Andreas Knörzer eine separate Präsentation über die Vorstellungen der Bereinigung des strukturellen Defizits zeigen wird.

Zum Spiel-, Sport- und Freizeitanlagenkonzept hat Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bereits genug erläutert.

Die raumplanerische Sicherung der Fussgängerverbindung Dreispitz-Brügglingen wird zurzeit intensiv bearbeitet. Die Finanzierung ist bereits gesichert. Die Finanzierung der Verbindung Gstadt-Birsraum wurde im März 2021 an der Gemeindeversammlung abgelehnt. Raumplanerisch wäre sie bereits sichergestellt gewesen. Die Lösung von diesem Konflikt ergibt sich eventuell in der Weiterbearbeitung des Projektes von der Verschiebung des Bahnhofs.

Zur Neukonzeption der Wasserversorgung hat der Gemeinderat am letzten Dienstag das Submissionsverfahren für die Realisierungsarbeiten eröffnet. Diesbezüglich ist die Gemeinde auch absolut auf Kurs.

Der Verpflichtungskredit für die bauliche Erweiterung der Schulanlage Neuwelt über knapp CHF 4 Mio. hat der Gemeinderat zurückgestellt. Es gilt jetzt, ein umfassendes und sorgfältig erarbeitetes Schulraumkonzept für die ganze Gemeinde zu erarbeiten. Das Ergebnis dieser Arbeiten wird der Gemeinderat an der Gemeindeversammlung vom 22. September 2021 zusammen mit der Kreditvorlage für die Erweiterung vom Standort Dillacker präsentieren.

Im Zusammenhang mit der Kommunikation wurde eine umfassende Befragung von 1'200 Einwohnenden zu den verschiedensten Themen der Gemeinde lanciert. Sie wird über die Zufriedenheit mit den Gegebenheiten in Münchenstein Aufschluss geben. Die Befragung läuft noch bis am Freitag, 18. Juni 2021. Wer einen Fragebogen erhalten und noch nicht ausgefüllt hat, hat noch ein wenig Zeit und wird gebeten, dies zu erledigen. Die Auswertung wird öffentlich publiziert und vom Gemeinderat für die weitere Planung und Bearbeitung von seinen Zielen in dieser Legislaturperiode berücksichtigt. Alle dürfen auf die Ergebnisse gespannt sein. Besonders interessant wird der Vergleich zu den Umfragungsergebnissen von 2015 sein.

In den letzten Jahren wurden verschiedene Gemeindeanlässe mit politischem oder gesellschaftlichem Fokus ins Leben gerufen. Diese Anlässe wurden sehr geschätzt und gut besucht. Leider sind sie auch ressourcen- und kostenintensiv. Aus finanziellen Gründen werden diese Anlässe nicht mehr wie bisher durchgeführt. Wichtig ist aber, dass der Dialog mit der Bevölkerung trotzdem intensiv und konstruktiv weiter geführt werden kann. Die Bevölkerung muss wissen, was in ihrem Münchenstein läuft und was geplant ist. Aus diesem Grund ist ein Event am 18. September 2021 im Dreispitz geplant. Der Gemeinderat wird im Wochenblatt darüber informieren.

Eine Neuausrichtung des Kommunikationskonzepts soll auch neue Chancen aufzeigen – Chancen, wie zum Beispiel die Nutzung von Social Media-Plattformen.

Ob der Gemeinderat mit seinen sachpolitischen Schwerpunkten, die er im Aufgaben- und Finanzplan 2021-2025 definiert hat, den Anliegen der Bevölkerung entsprechen kann, wird er nach dem Vorliegen der Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage, also der Einwohnerzufriedenheitsanalyse, umfassend überprüfen und die Gemeinde an einer der nächsten Gemeindeversammlungen darüber orientieren.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier erkundigt sich, ob es zu diesen Legislatorschwerpunkten noch Bemerkungen gibt.

Wortmeldungen zu diesem Traktandum:

Michael Rentsch begrüsst, dass die Kommunikation verbessert werden soll. Weiter informiert er über das Vorgehen betreffend Dillacker. Seine Familie wurde mit einem Brief von der Schulleitung konfrontiert. Der Gemeinderat ist diesbezüglich nie mit ihnen in Kontakt getreten. Als er die Gemeinde kontaktiert hat, wurde zuerst auf seine Anfragen nicht reagiert. Deshalb ist es sehr wichtig, die Kommunikation zu verbessern und nicht nur über das Wochenblatt zu kommunizieren, sondern auch mit Betroffenen in Kontakt zu treten.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei M. Rentsch für seine Erläuterungen. Da keine weiteren Wortmeldungen mehr bestehen, übergibt Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier das Wort an Gemeinderat A. Knörzer für die Präsentation über die Massnahmen zur Stabilisierung der Gemeindefinanzen.

– **Information über die Massnahmen zur Stabilisierung der Gemeindefinanzen**

Gemeinderat A. Knörzer erläutert, dass es sich wahrscheinlich um das heisseste Thema handelt und dass man aufgrund der Wortmeldungen zu den letzten Traktanden merkt, dass es wirklich brennt. Er ist froh, dass er die Chance hat, darzustellen, was der aktuelle Stand des Projektes beinhaltet und vielleicht auch ein wenig die Zahlen zu relativieren, die in den Medien und der Kommunikation der Gemeinde entnommen werden konnten. Er kann sich sehr gut vorstellen, dass die reinen Zahlen einen Schock ausgelöst haben und sollte dies wirklich der Fall sein, so bittet er um Entschuldigung, da dies nicht die Idee war. Vielleicht hätte man auch hinter die ganz grossen Zahlen, die man nicht täglich gewöhnt ist, diese in einen anderen Zusammenhang stellen sollen. Weiter will Gemeinderat A. Knörzer auch auf die bereits erhaltenen Anfragen nach § 69 Gemeindegesetz einzugehen und eventuell bereits Antworten hierzu geben.

Gemeinderat A. Knörzer präsentiert die Massnahmen zur Stabilisierung der Gemeindefinanzen mittels PowerPoint-Präsentation. Er informiert, dass der Auftrag war, das Thema strukturelles Defizit anzugehen. Sven Mathis hat CHF 5.7 Mio. errechnet, die von Gemeinderat A. Knörzer errechnete Zahl ist eine andere. Aufgrund der erstellten Analyse für die Rechnung 2020 ist der errechnete Wert CHF 4 Mio., wobei es sich um einen erhärteten Wert handelt. Es geht nicht darum, irgendwie Corona wegzusparen, das wäre eine falsche Strategie. Man muss aufpassen, dass die Korrekturen der Vorjahre, die sich in einer Wellenbewegung präsentieren, nicht als Hauptargument genommen werden. Es wurde bereits erwähnt, dass man die CHF 4 Mio. über eine längere Zeitspanne wieder erwirtschaften will. Für die Planung wurde ein Fünf-Jahresplan genommen, sodass man auf die CHF 20 Mio. kommt. So kann man auch feststellen, dass es sich bei den grossen Werten nicht um einen Jahreswert, sondern um einen aggregierten Wert handelt. Wenn man diesen durch fünf teilt, dann sieht es auch völlig anders aus.

Ursprünglich wurde erwähnt, dass man drei Themen anschauen will. Es geht nicht nur darum, beim Sparen alles zu streichen. Deshalb wurde als erstes die Ressourceneffizienz angeschaut, um festzustellen, ob das, was gemacht wird, auch richtig, intelligent und ressourceneffizient gemacht wird.

Als zweites ist es sinnvoll anzuschauen, ob das, was gemacht wird, auch genug Publikum findet, das es wahrnimmt, oder ob es nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung gemacht wird, die jedoch fest dafür kämpft.

Als dritten und sehr wichtigen Punkt erwähnt Gemeinderat A. Knörzer die Stabilisierung. Er betont, dass es sehr wichtig ist, von Stabilisierung und nicht Sparübung zu sprechen. Man geht dabei nicht in eine ganz desolante Situation, was die Schulden und das Eigenkapital anbelangt, aber, man hat perspektivisch nicht eine gute Situation und deshalb ist es wichtig, von Stabilisierung und nicht nur Sparen zu sprechen, da man auch analysiert, was die geplanten Massnahmen längerfristig bringen.

Weiter erläutert Gemeinderat A. Knörzer den Terminplan.

Am 20. Mai 2021 wurden die Mitarbeitenden über die geplanten Massnahmen informiert und jede Massnahme wurde kurz erläutert.

Nun wird die weitere Verarbeitung der Massnahmen in den einzelnen Schritten folgen. Viele Massnahmen sind noch nicht definitiv entschieden, da zuerst die Entscheidungsgrundlagen erarbeitet werden müssen.

Über bestimmte Massnahmen wird die Gemeindeversammlung befinden müssen.

Wichtig ist auch zu erwähnen, dass es sich nicht um Ideen eines ominösen Projektteams handelt. Das Projektteam besteht aus Gemeinderat A. Knörzler, Geschäftsleiter Stefan Friedli und dem Leiter Finanzen und Steuern a. i., Alain Maier. Bei dieser Gelegenheit bedankt sich Gemeinderat A. Knörzler beim Projektteam, da es sich um einen Zusatzaufwand handelt, der nicht jedes Jahr in diesem Umfang erbracht werden kann. Weiter bedankt sich Gemeinderat A. Knörzler auch bei allen Mitarbeitenden, die viele Ideen generiert haben. Diese wurden nach einem Aufruf des Projektteams an alle Mitarbeitenden eingereicht. Es wurden auch alle Schulleitungen informiert, dass die Möglichkeit besteht, Verbesserungsvorschläge einzureichen und eventuell auch mehr Ertrag zu generieren sowie auch, worauf man in Zukunft verzichten kann.

50 Personen haben sich an dieser Ideensammlung beteiligt. Sie haben 200 Ideen eingebracht. Natürlich gab es auch teilweise Überschneidungen sowie Vorschläge, die als Haupt- und Nebenvariante gleichzeitig behandelt werden konnten.

Daraus wurden 104 Massnahmen definiert, die basierend auf einem Kriterienraster beurteilt wurden. Diese Massnahmen und das Kriterienraster wurden vom Gemeinderat beurteilt. Die Auswirkungen dieser Massnahmen variieren von CHF 1'000 bis CHF 500'000. Von den grösseren Beträgen gibt es sehr wenig Massnahmen. In der Regel bewegen sich die Auswirkungen ungefähr im Mittelfeld. Dies hat damit zu tun, dass der Haushalt der Gemeinde ca. CHF 60 Mio. beträgt, weshalb man nicht erwarten kann, mit einzelnen Massnahmen ein ganz grosses Ergebnis erzielen zu können. Die Summe der Massnahmen ist denn auch entscheidend.

Auf Empfehlung der Gemeindekommission wurde bezüglich der Erarbeitung der Massnahmen mit einem externen Berater zusammengearbeitet, was sich sehr bewährt hat. Dieser Berater hat alle Massnahmen nach vier Kriterien plausibilisiert. Dabei ist zu erwähnen, dass es sich dabei um einen sehr erfahrenen Berater handelt, der praktisch jede Gemeinde im Baselland schon unter die Lupe genommen, betreut und beraten hat. Es war dem Gemeinderat wichtig, dass der Berater die Gesetzgebung und die Gewohnheiten der Gemeinde kennt.

Nachdem das Projektteam die Massnahmen definiert hatte, hat der externe Berater noch zusätzliche 50 Massnahmen vorgeschlagen. Der Gemeinderat hat dann aus diesen 50 Vorschlägen 7 Massnahmen entnommen, die in einem weiteren Schritt, wenn man mit den anderen Massnahmen gut vorangekommen ist, auch noch analysiert und evaluiert werden sollen.

Gemeinderat A. Knörzler zeigt das Muster eines Massnahmenblattes um zu erläutern, dass die Massnahmen nach einem ganz bestimmten Kriterienkatalog festgelegt wurden. Dabei wurde darauf geachtet, was bisher für diese Funktion ausgegeben wurde und wie hoch die möglichen Einsparungen sind. Weiter hat man darauf geachtet, wie viele Personen aus der Bevölkerung von diesen Massnahmen betroffen sind und wie die politische Resonanz ausfallen könnte. So hat eine bestimmte Würdigung stattgefunden.

Ein Teil der Kriterien wurde vom externen Berater ganz besonders angeschaut, nämlich die folgenden 4 Kriterien:

- Nachvollziehbarkeit (Überprüfung, ob die Informationen verständlich, fundiert und sinnvoll sind)
- Zweckmässigkeit (dabei handelt es sich um ein zentrales Kriterium, da nicht alles, was man machen kann, mit allen Konsequenzen, auch zweckmässig ist)
- Realisierbarkeit (Überprüfung, ob die Massnahme realisierbar ist und wie schnell sie umgesetzt werden kann)
- Benchmarking (Überprüfung, ob andere Gemeinden ähnlich vorgegangen sind, was ist die Erfahrung daraus etc. – dabei wurde nicht darauf geachtet, wie viele Leute z. B. auf der Gemeinde in der Bauverwaltung arbeiten in Proportion zur Bevölkerung – pro 1'000 Einwohner*innen).

Diese Massnahmen wurden vom Projektteam dem Gemeinderat präsentiert und dort priorisiert, da man nicht alle Massnahmen gleichzeitig umsetzen kann.

Weiter erläutert Gemeinderat A. Knörzler, dass sich die jetzt präsentierten Zahlen auf die nächste Planungsperiode vom Budget 2022-2026 beziehen und zwar auf das Ende der Periode für den Aufgaben- und Finanzplan. Dabei handelt es sich um einen rollierenden Prozess, der nicht in Stein gemeisselt ist.

Bezüglich Erfolgsrechnung von CHF 25.5 Mio. wurden 97 mögliche Massnahmen evaluiert; bei der Investitionsrechnung von CHF 14 Mio. sind es deren 5, obwohl es nicht eine direkte Auswirkung auf die Erfolgsrechnung hat. Wenn die Investitionen gut getätigt werden, können sie sich eventuell mittelfristig auch auf die Erfolgsrechnung auswirken. Als Beispiel dafür erwähnt Gemeinderat A. Knörzer die viel kritisierte Schulraumplanung. Wenn die Schulraumplanung richtig gemacht wird, braucht es eventuell eine Investitionstätigkeit. Diese kostet im ersten Moment Geld, kann sich aber mittelfristig auf die Klassenbildung, also die Anzahl Klassen auswirken. Deshalb ist es wichtig, dass man auch genau auf die Investitionen achtet. Genauso ist es zum Beispiel auch wichtig, dass man genau analysiert, ob man eine neue Gemeindeverwaltung bauen will oder nicht usw. Es hat noch zwei Massnahmen, die bilanzwirksam sind. Dabei handelt es sich um einen Investor, der sogenannte "Gammelhäuser" in der Lange Heid aufkauft und die Wohnungen auf Sozialkosten vermietet. Solche Fälle wurden ebenfalls angeschaut. Wenn man nun die Auswirkungen der 104 Massnahmen zusammenzählen würde, dann wäre man bei einer finanziellen Nettowirkung von CHF 42.8 Mio.

Weiter informiert Gemeinderat A. Knörzer, dass ihm bei der Kommunikation ein Fehler passiert ist, nämlich sind gewisse Zahlen mehrmals beinhaltet. Er wird diese Problematik etwas später noch genauer erläutern.

Die Massnahmenblätter weisen folgende Muster auf: 42 Massnahmen betreffen Effizienzsteigerungen/Auslagerung (CHF 26.4 Mio.), 49 Massnahmen betreffen einen Verzicht bzw. mehrheitlich einen Teilverzicht (CHF 25.3 Mio.), 27 Massnahmen sind Gebührenanpassungen (CHF 7.6 Mio.). Man will also nicht nur sparen, sondern auch die Gebühren anpassen. 9 Massnahmen beinhalten auch Vorschläge zur Drittmittelgenerierung (CHF 4.0 Mio.).

Weiter erläutert Gemeinderat A. Knörzer die Drittmittelgenerierung: Beim Sport- und Freizeitanlagenkonzept wurde bemerkt, dass man hier teilweise etwas übertrieben hat. Diese Meinung teilt Gemeinderat A. Knörzer nicht, da diesbezüglich ein Kredit gesprochen wurde, der genau evaluiert, angeschaut und freigegeben wurde. Zweitens bedeutet es eine Investition auf jene Dauer, die im Moment finanziert werden kann. Zudem wurden hier die verstetigten Kosten dieser Investitionen genau angeschaut. In der Vergangenheit wurden vielleicht Investitionen getätigt, bei denen die verstetigten Kosten zu wenig im Auge behalten wurden. Eine dieser Investitionen konnte bereits an ein Münchensteiner Unternehmen verkauft werden. Der Gemeinderat hat ca. 10 Unternehmen besucht und informiert, dass die Gemeinde Probleme hat.

Als nächstes erläutert Gemeinderat A. Knörzer, weshalb es zu den bereits erwähnten Überschneidungen kommen kann. Ein gutes Beispiel sind die Publikationen. Beim Teilverzicht kann entschieden werden, dass man z. B. eine Gazette nicht mehr viermal, sondern nur noch dreimal pro Jahr publiziert. Dabei kann man sich überlegen, welche Beiträge darin publiziert werden sollen. Gewisse Beiträge können auch mehrmals in verschiedenen Medien publiziert werden. Weiter kann man sich überlegen, ob man mehr Inserate in dieser Gazette publizieren will. So lassen sich verschieden Kriterien vereinbaren, nämlich Teilverzicht, Effizienz und Generierung. Deshalb darf man die Zahlen nicht einfach aufaddieren, sondern man muss genauer auf die Überschneidungen achten. Es ist sehr wichtig, dass man diese Konzeption versteht.

Bei der Erfolgsrechnung wurde angeschaut, wie man die einzelnen Massnahmen umsetzen kann und welches das letzte Gremium ist, das darüber entscheidet. Im Wesentlichen ist es die Gemeindeverwaltung und der Gemeinderat. Reglementarische Themen werden der Gemeindeversammlung zur Beurteilung vorgelegt.

Der Gemeinderat will rasch zum Ziel kommen, deshalb fand eine Einstufung und Priorisierung der Massnahmen statt. 25 Sofortmassnahmen wurden definiert. Die Sofortmassnahmen sind zweckmässig und finanziell rasch wirksam und werden sofort zur Umsetzung freigegeben, nachdem die entsprechenden Details und Vorschläge vom Gemeinderat beurteilt werden konnten. Daraus können auch vertragliche Konstellationen und neue Lösungen für das Personal entstehen. Weniger umfangreiche Sofortmassnahmen können summarisch ins Budget integriert werden (z. B. alle Anlässe gemeinsam). Die restlichen Massnahmen wurden in Gruppen nach Prio 1-3 eingestuft, je nach finanzieller Wirkung und Zweckmässigkeit dieser Massnahmen.

Wenn es Massnahmen gibt (z. B. in der Gruppe Prio 3), die bereits mit einer anderen Massnahme (z. B. in der Gruppe Prio 2) umgesetzt werden können, dann können sie vorgezogen bewirtschaftet werden.

Zur Priorisierung der Massnahmen zeigt Gemeinderat A. Knörzer eine Matrix über eine Zeitspanne von fünf Jahren (2021-2026). Einzelne Massnahmen können über die fünf Jahre eine

halbe Million Franken einbringen. Bei einigen Massnahmen hat man sich auch für die "Nichtweiterverfolgung" entschieden, z. B. bei der Bibliothek.

Wichtig ist auch, den Zeitpunkt zu kennen, ab wann die Massnahmen ihre Wirkung zeigen sollen. Viele der erfolgsrechnungsrelevanten Massnahmen werden bereits ab 2022 ihre Wirkung erzielen.

Themen im Bildungsbereich, bei denen die diesbezügliche Zusammenarbeit mit Schulleitung und Schulrat wichtig ist, werden nicht sofort kommen, da es sich um konzeptionelle Fragen handelt, die gemeinsam gelöst werden müssen.

Weiter erwähnt Gemeinderat A. Knörzer die für die Investitionsrechnung und die Bilanz relevanten Massnahmen. Dort gibt es zwei Sofortmassnahmen und drei Massnahmen mit Prio 1, wobei es sich um die grösseren Blöcke handelt mit CHF 13.2 Mio. Die Wirkung dieser Massnahmen ist sicher mittel- bis längerfristig, sie kommen sicher nicht vor der Mitte der Aufgaben- und Finanzplan-Periode zum Tragen.

Als nächstes zeigt Gemeinderat A. Knörzer die thematische und organisatorische Zuordnung der Massnahmen. 7 Massnahmen betreffen die Anlässe (davon 2 Sofortmassnahmen, Verzicht oder Teilverzicht im Fokus), wobei es nicht heisst, dass diesbezüglich nichts mehr gemacht wird, sondern, es könnten alternative Gefässe gesucht werden.

8 Massnahmen betreffen das Personal (keine Sofortmassnahmen, Beurteilung im Gesamtkontext), was sich nicht vermeiden lässt, obwohl die Gemeinde über gute Mitarbeitende verfügt. Dabei muss es sich allerdings um ein ausgewogenes und faires Paket handeln. 7 Stabsdienste (davon 2 Sofortmassnahmen).

Im Bereich Stabsdienste gibt es 7 Massnahmen (davon 2 Sofortmassnahmen).

In der Bauverwaltung, die eine grosse Abteilung verkörpert, sind es 29 Massnahmen (davon 8 Sofortmassnahmen).

Bei den Allgemeinen Diensten & Sicherheit verzeichnet man 12 Massnahmen (davon 8 Sofortmassnahmen).

In den Finanzen & Steuern verzeichnet man 4 Massnahmen (davon 2 Sofortmassnahmen).

In den Sozialen Diensten & Gesundheit sind es 9 Massnahmen (davon 2 Sofortmassnahmen).

Im Bereich Kind, Jugend & Familie / Bildung hat man 14 Massnahmen definiert (davon 1 Sofortmassnahme, grosser Anteil Priorität 3). Dabei beantwortet Gemeinderat A. Knörzer noch Fragen, die vor der Gemeindeversammlung als Anfragen gemäss § 69 Gemeindegesetz eingetroffen sind: Keine Massnahme im Bildungsbereich wurde bisher umgesetzt. Keine Lehrperson wurde aufgrund von einer Sparmassnahme entlassen, im Gegenteil, man hat noch Lehrpersonen angestellt.

Zum Thema Standorte / Infrastruktur (Gemeindeverwaltung, Schulen, Infrastrukturbeiträge, PPP's) erläutert Gemeinderat A. Knörzer, dass das Thema "Gemeindeverwaltung" jetzt entschieden werden muss. Die Frage stellt sich, ob man dieses Thema so weiterverfolgen will wie bisher, oder ob man einen "Reset" macht und das Thema neu angeht. Die Schulstandortfrage und die Infrastrukturbeiträge gehören noch fokussierter auch dazu.

Die drei "P" stehen für "Public Private Partnerships", was ein Sponsoring sein kann, wie der Verkauf des Vitaparcours. Dabei muss es der Gemeinde gelingen, mehr mit den Unternehmen zusammenzuarbeiten. Als Beispiel zitiert Gemeinderat A. Knörzer den Anlass vom 18. September 2021 im Dreispitz. In diesem Zusammenhang soll es nicht heissen, dass die Gemeinde eine Party organisiert, obwohl sie gleichzeitig sparen muss. Es handelt sich nämlich nicht um eine Party, sondern um einen Anlass zum Thema Kommunikation und zur Standortförderung, für den Sponsoren gesucht werden. In diese Richtung muss die Gemeinde noch viel kreativer werden und nicht nach den alten Mustern vorgehen.

Als Familienvater weiss Gemeinderat A. Knörzer, dass die Gemeinde familienfreundlich sein muss und auch sein will. Deshalb will man keine Schliessungen von den diesbezüglichen Einrichtungen vornehmen oder die Subventionen für die Kita streichen. Es muss jedoch auch hier möglich sein, zu überprüfen, ob das, was in diesem Bereich stattfindet, auch richtiggemacht wird und/oder ob hier Synergien genutzt werden können. Das Sport- und Freizeitanlagenkonzept zeigt, dass dieser Bereich der Gemeinde etwas wert ist.

Hiermit beendet Gemeinderat A. Knörzer den offiziellen Teil seiner Präsentation und bittet die Gemeindeversammlung um Verständnis unter dem Motto des ganzen Gemeinderats "Don't shoot the Messenger", da aufgrund der Zahlen etwas gemacht werden muss. Es gibt Möglichkeiten, sich zu involvieren und mit den bereits eingetroffenen Anfragen nach § 69 Gemeindegesetz machen bereits viele Gebrauch davon.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Gemeinderat A. Knörzer für seine Ausführungen und erkundigt sich, ob zu den bereits gegebenen, sehr umfassenden Informationen, noch weitere Folien (ca. 15) zu diesem Thema gezeigt werden sollen, die das Thema noch genauer aufzeigen und aufschlüsseln würden.

://: Mit 40 Ja- zu 13 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen wird zugestimmt, dass die zusätzlichen 15 Folien noch gezeigt werden.

Gemeinderat A. Knörzer erläutert, dass es nicht darum geht, die präsentierten Massnahmen bereits jetzt im Detail zu diskutieren, da es sich im Moment um eine Information handelt. Es ist auch wesentlich, dass, ausser zu einer Massnahme, bisher kein gemeinderätlicher Beschluss besteht. Die eine Massnahme, die bereits beschlossen wurde, kann noch nicht kommuniziert werden, da diesbezüglich innerhalb der Verwaltung noch keine Information stattgefunden hat. Es ist sehr wichtig, dass es die betroffenen Mitarbeitenden nicht auf diesem Weg erfahren. Die präsentierte Übersicht wurde aber den Mitarbeitenden bereits gezeigt. Deshalb kann Gemeinderat A. Knörzer diese Themen hier auflisten. Er präsentiert eine tabellarische Aufstellung (Bezeichnung, Aktion, finanzielle Nettowirkung für die ganzen fünf Jahre, Zeitpunkt, ab wann die Massnahme umgesetzt werden soll, Kompetenz der Umsetzung, Priorität) der Massnahmen zu den folgenden Themen:

- *Thema Anlässe / Networking*

Der Behördenanlass wird in der bekannten Form nicht mehr stattfinden, die Behördenmitglieder werden mit einem Schreiben und einem kleinen Geschenk verdankt. Anstelle des Sommergrills wird es nach der Gemeindeversammlung im Juni einen Apéro geben. Über das Adventsschmücken muss der Gemeinderat noch befinden. Der Vorschlag von der Verwaltung und dem Projektteam ist, dass der Anlass im Moment gestrichen wird, da es schwierig ist, über Personalabbau zu sprechen, wenn solche Anlässe weiter stattfinden würden.

- *Anstellungsbedingungen / Personal*

Das Hauptthema in diesem Zusammenhang ist die Änderung der Anstellungsbedingungen vom Personalreglement auf OR, d. h. privatwirtschaftlich, damit das gesamte Personal die gleichen Bedingungen hat. Dabei gibt es ein Gesamtpaket, das vorher mit dem Personal angeschaut und besprochen werden muss. Einige der Vorschläge sind sogar aus den Reihen der Mitarbeitenden gekommen.

- *Stabsdienste*

Zu den Stabsdiensten gehört die Kommunikation mit einigen Publikationen. Einige der Publikationen werden gesetzlich vorgeschrieben. Des Öfteren wird aber festgestellt, dass die Publikationen in Papierform von einer Minderheit gelesen werden. Ev. könnten diese nur digital oder in einer Mischform erstellt und mit Inseraten günstiger gemacht werden. Weiter können in den Stabsdiensten auch die Fachberatungen sowie die kulturellen Unterstützungsbeiträge reduziert werden.

- *Bauverwaltung (Gliederung nach Sofortmassnahmen, Prio 1, 2 und 3, nicht weiterverfolgen)*

Die Bauverwaltung ist eine grosse Abteilung, weshalb hier auch einige Massnahmen vorgeschlagen werden. Wenn die Planungen (z. B. die externen Aufträge bei den Planungen der Quartierpläne) fokussierter gemacht werden, ist hier eine Kostensenkung möglich. Als Beispiel zitiert Gemeinderat A. Knörzer die Planungen der Quartierpläne, die im gleichen Jahr ins Budget gestellt werden, was nicht der Realität entspricht, da die Umsetzung mehrerer Quartierpläne im gleichen Jahr gar nicht möglich ist.

Als generelle Bemerkung zur Verwaltung erläutert Gemeinderat A. Knörzer, dass es in einigen Bereichen beim Sachaufwand mehr Globalbudgets geben sollte. Teilweise werden viele Details einzeln budgetiert. So wie auch in der Privatwirtschaft kommt dann im November/Dezember das sogenannte "Dezemberfieber". Dann wird festgestellt, dass das Budget noch nicht ausgeschöpft ist und deshalb werden teilweise unnötige Bestellungen ausgelöst. Deshalb muss man sich die

Frage stellen, ob dies wirklich sinnvoll ist, oder, ob es besser wäre, dass die Mitarbeitenden das bestellen können, was sie wirklich brauchen.

Weiter können auch die Pachtverträge angeschaut werden, ob man für Leistungen wirklich auch abgegolten wird.

Es wurde auch festgestellt, dass man in der Verwaltung viele Arbeiten für die Spezialfinanzierungen erledigt. Die Planer sind unterwegs und planen Pumpwerke, ohne dafür entschädigt zu werden.

Weiter können auch die Baurechtszinsen und die Katasterwerte überprüft werden, da diese als Auswirkung auf den Steuerwert zu Mehreinnahmen führen können.

Im Facility Management muss das Outsourcing angeschaut und die Frage gestellt werden, weshalb die Verwaltung alles selber machen muss. Eventuell kann hier auch eine Zentralisierung stattfinden. Es gibt ganz viele Möglichkeiten, ohne dass ein Leistungsabbau stattfinden muss.

Weiter kann man auch die Friedhofgärtnerei analysieren. Gewisse Leistungen müssen erbracht werden, da es sich dabei um eine Kernaufgabe handelt.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, die Gebühren für die Miete der Parkplätze anzuschauen und zu erhöhen.

Weiter gibt es einige Massnahmen, die nicht weiterverfolgt werden, da sie entweder zu wenig bringen oder den Aufwand nicht wert sind.

- *Allgemeine Dienste & Sicherheit (Gliederung nach Sofortmassnahmen, Prio 1 und 2)*

Die Rückerstattung der EL-Zusatzbeiträge ist ein interessantes Thema, das genau angeschaut werden muss.

Bei der Feuerwehr muss auch überprüft werden, ob alle Anschaffungen in diesem Ausmass nötig sind.

Weiter sollte man eine Reduktion der Ausgaben für Frankaturen und Porti überprüfen, ob z. B. die Korrespondenz so oft mit A-Post verschickt werden muss, etc.

Die Bestattungsgebühren müssen auch überprüft werden. da Bestattungen zurzeit fast gratis sind.

Thema Einwohnerparkkarte etc.

Man kann jedoch jetzt nicht überall den Einwohnerinnen und Einwohnern nur in die Tasche langen, sondern muss das Ganze im Sinne von Effizienzgewinn und Teilverzicht koordiniert und ausgewogen angehen. Deshalb macht es auch keinen Sinn, dass man die Sicherheit gegen die Bildung ausspielt.

- *Finanzen & Steuern (individuelle Lösungen)*

Vorbehältlich einer Reglementsanpassung anlässlich der Gemeindeversammlung im September strebt das Projektteam die Auslagerung der Veranlagungen an den Kanton an. Der Grund ist aber nicht, dass es das aktuelle Team schlecht gemacht hätte, sondern aufgrund der finanziellen Konsequenzen dieser Dienstleistung ist diese Massnahme fast nicht mehr abwendbar. Für die Gemeinde bedeutet es eine deutliche Einsparung und es hilft auch zukünftig, Rekrutierungsprobleme, die es immer wieder gab, zu lösen.

Mit den Mitarbeitenden der Steuern will man im Rahmen von Einzelgesprächen gute und individuelle Lösungen finden. Diese Massnahme wird aber nicht sofort umgesetzt. Bis man es dem Kanton definitiv übergeben kann, hat die Gemeinde noch rund zwei Jahre Arbeit. Dieses Beispiel zeigt deutlich auf, dass nicht nur die finanzielle Beurteilung ausschlaggebend ist, sondern auch andere.

Leider müssen im Interesse des gesamtheitlichen Bildes der Gemeinde solche Massnahmen ergriffen werden.

- *Soziale Dienste / Gesundheit*

Dabei handelt es sich um Massnahmen, die meistens erst längerfristig ihre Auswirkungen zeigen. Wenn es der Gemeinde gelingt, die Bearbeitung der Fallbewirtschaftung effektiv zu verbessern, dann bedeutet es eine wichtige Einsparung. Es kann auch sein, dass man

zuerst investieren muss. Sparen heisst nicht, dass alles nur gekürzt werden muss. Man muss auch überlegen, was man braucht, um die Verbesserungen umsetzen und die Erträge generieren zu können. Eventuell braucht es auch zuerst Investitionen.

- *Kind, Jugend & Familie / Bildung (Gliederung nach Sofortmassnahmen, Prio 1, 2 und 3, nicht weiterverfolgen)*

Bei der Bildung sind die Auswirkungen meistens längerfristig. In diesem Zusammenhang wird zurzeit überprüft, ob der Mittagstisch anders organisiert werden soll, um den heutigen Anforderungen in Bezug auf Diversität gerecht zu werden. Mit einer Auslagerung könnten die Kosten um die Hälfte gesenkt werden.

Weiter wird in diesem Bereich auch die Klassenplanung in Zusammenhang mit der Schulraumplanung angeschaut. Auch das Thema "Mehrjahrgangsklassen" wird in diesem Zusammenhang überprüft. Hier ist es wichtig, keine Schnellschüsse zu machen, sondern das Thema in Partnerschaft zwischen dem Schulrat, der Schulleitung und dem Gemeinderat sorgfältig zu analysieren und in einem Projekt aufzugleisen.

- *Investitionsrechnung & Bilanz*

Bei der Investitionsrechnung kann viel bewirkt werden, wenn es sorgfältig gemacht wird. Hier geht es vor allem um Themen wie Infrastruktur, Sponsoring, sowie "Gemeindeverwaltung", das den Gemeinderat schon länger beschäftigt und diesbezüglich ein Entscheid gefällt werden sollte.

Zum Schluss betont Gemeinderat A. Knörzer, dass man nicht Angst haben muss, dass jetzt alles abgebaut wird. Die vorgeschlagenen Massnahmen werden sorgfältig einzeln analysiert.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Gemeinderat A. Knörzer für seine Ausführungen und erläutert, dass sie seine Meinung über die Krankheitsbilder vom Dezemberfieber bei der Budgetierung nicht unbedingt teilt. (2.16.07)

Weiter informiert Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier, dass sie nicht unbedingt verpflichtet ist, nach einer solchen Information Fragen zulassen zu müssen. Es ist jedoch dem Gemeinderat wichtig, dass die Information mehr Transparenz schafft, weshalb selbstverständlich auch Fragen zugelassen sind.

Wortmeldungen zu diesem Traktandum:

Anton Bischofberger erläutert, dass er zwei grundsätzliche Fragen hat:

Die Mitarbeitenden wurden im Zusammenhang mit der Stabilisierung Gemeindefinanzen involviert und konnten Verbesserungsvorschläge bringen. A. Bischofberger erkundigt sich, ob die Mitarbeit von der Bevölkerung auch gefragt oder kein Thema ist.

Weiter bemerkt A. Bischofberger, dass "verklausuliert" Kündigungen angesprochen wurden, es wurde aber nie klar das Wort "Kündigung" ausgesprochen. Deshalb erkundigt sich A. Bischofberger, wie viele Kündigungen bereits ausgesprochen worden sind und wie viele noch geplant sind in dem Prozess.

Gemeinderat A. Knörzer bemerkt, dass man ehrlich zusammen sprechen muss. Wenn man als Dienstleister, 70 % der Kosten für Personal ausgibt, dann muss man bei einem Abbau oder Teilabbau von Leistungen, wo man effizienter wird, auch die Personalkosten reduzieren. Alles andere wäre gelogen. Deshalb muss logischerweise Personal abgebaut werden, was aber nicht heisst, dass das Personal schlecht arbeitet. Einige Mitarbeitende hatten Verständnis für gewisse Massnahmen, andere nicht. Wie viele Kündigungen es sein werden, hängt von der Umsetzung der Massnahmen ab. Bis jetzt wurde noch keine Kündigung ausgesprochen, da die Themen zuerst analysiert und die entsprechenden Anträge gestellt werden müssen. Für den Gemeinderat ist der Umgang mit dem Personal das Wichtigste, weshalb sich hier Gemeinderat A. Knörzer nicht mehr weiter äussern wird, damit es die betroffenen Mitarbeitenden zuerst erfahren.

Weiter erkundigt sich Gemeinderat A. Knörzer, ob sich die zweite Frage von T. Bischofberger betreffend die Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner auf den bereits von ihm eingereichten Antrag nach § 69 Gemeindegesetz bezieht. Diesen wird er nämlich später beantworten.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier beantwortet die Frage bezüglich der Mitwirkung der Einwohnenden. Bei der Budgetvorlage anlässlich der Gemeindeversammlung werden die Massnahmen mit Auswirkungen auf die Stabilisierung Gemeindefinanzen besonders gekennzeichnet. Somit hat die Bevölkerung die Möglichkeit, diese anzunehmen oder abzulehnen.

Gemeinderat A. Knörzer ergänzt, dass bei der Einwohnerzufriedenheitsanalyse Fragen zu diesen Themen gestellt wurden, was eventuelle der Geschäftsleiter, S. Friedli, erläutern kann.

Geschäftsleiter S. Friedli bemerkt, dass die Anfrage von A. Bischofberger nach § 69 Gemeindegesetz bereits gestellt und die Antworten dazu vorbereitet wurden. Diese werden im Anschluss erläutert. Zum Thema Personal informiert der Geschäftsleiter, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Kündigung ausgesprochen wurde. Allerdings wurden im Jahr 2020, bereits im Vorfeld zu diesen Massnahmen, rund 12 Personen entlassen, was nicht dem Ziel entspricht.

Das Ziel ist, dass man mit den Mitarbeitenden Aufhebungsvereinbarungen finden kann. Für den Arbeitgeber ist es ganz wichtig, dass man einen kontrollieren Abgang hat, so dass die Mitarbeitenden nicht einfach die Gemeinde verlassen, sondern dass man mit den Mitarbeitenden offen und transparent festhält, per wann das Angebot aufgelöst wird und dass man sich über den Zeitpunkt der Aufhebung des Arbeitsverhältnisses einigen kann.

Jetzt zu sagen, dass es bei der Umsetzung dieses Projektes keine Kündigungen geben wird, wäre Augenwischerei, denn es wird Kündigungen geben. Es finden jetzt laufend Personalversammlungen statt, bei denen das Personal offen und ehrlich informiert wird. Es wird auf jeden Fall Kündigungen geben, was aber nicht dem Ziel entspricht. Wie bereits erwähnt ist das Ziel, dass man Aufhebungsvereinbarungen abschliessen kann. Die angesprochenen Kündigungen vom letzten Jahr, die auf der Personalmutationsliste festgehalten sind, haben nicht im direkten Kontext mit diesem Projekt gestanden. Das war Personal, das man im Zusammenhang mit einem Ausbau eingeplant hat. Aufgrund der aktuellen Lage hat man sich entschieden, keine weiteren Ausbauschritte zu unternehmen. Somit kann sich die Gemeindeversammlung bewusst werden, dass eine gewisse Härte drin liegt. Auch das Personal ist sich dessen bewusst und war sich auch von Anfang an dessen bewusst, hat aber trotzdem beim Projekt mitgewirkt. Die Mitarbeitenden sind am Ball und wissen, was das alles bedeutet. Der Gemeinderat und die Verwaltung sind im laufenden Kontakt mit den Mitarbeitenden.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Geschäftsleiter S. Friedli für seine Ausführungen und erkundigt sich, ob Patrick Rickenbach einige Fragen stellen möchte.

Patrick Rickenbach, SP, erläutert, dass er zwar keine Fragen hat, aber gerne über einige Überlegungen zu diesen Themen informieren möchte. Er gibt einen kurzen Rückblick wie folgt:

«Durch die Analyse der letzten vier Jahre und sorgfältiger mittelfristiger Planung kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass die Ertragslage stabil genug ist, um den Steuerfuss auf 59% zu senken. [...] Diese Entscheidung basiert nicht zuletzt auf dem hohen Eigenkapital der Gemeinde (> 80 Mio. Franken) und dem Rückgang der Schulden auf rund 47 Mio. Franken. Die Senkung des Steuerfusses soll obendrein die Standortattraktivität Münchensteins erhöhen.»

Und weiter:

«Somit wird sich Münchenstein im Rahmen seiner Wachstumsstrategie noch besser als interessante Wohn- und Standortgemeinde positionieren können. [...] Durch die finanziell gesunde Lage und den positiven Ausblick erachtet der Gemeinderat die vorgeschlagene Steuersenkung als problemlos verkraftbar.»

Weiter bemerkt P. Rickenbach, dass diese Aussagen aus dem Budgetbericht 2019 relativ schlecht gealtert sind. Das Eigenkapital, d. h. die Differenz zwischen den Vermögenswerten der Gemeinde und den Schulden, ist von CHF 81 Mio. auf CHF 72 Mio. gesunken, die Schulden hingegen sind von CHF 47 Mio. auf CHF 72 Mio. gestiegen.

P. Rickenbach bemerkt, dass er hofft, obwohl er von der SP kommt, nicht falsch verstanden zu werden, da er kein leidenschaftlicher Steuerzahler ist. Seine Frau und er sind beide berufstätig und sparen jetzt pro Jahr durch die Steuersenkung jeweils etwa CHF 100 ein. Das reicht für ein Abendessen im Restaurant Gartenstadt. Die Gemeinde verliert jedoch CHF 1 Mio. – und das Jahr für Jahr!

Und wer nun denkt, der hohe Steuersatz von Münchenstein sei Gift für die Standortattraktivität, dem empfiehlt er einen Blick in die gängigen Immobilienportale. In Münchenstein gibt es gerade

mal eine Handvoll Häuser und Wohnung zu kaufen, so schlimm kann es also nicht sein in unserer schönen Gemeinde. Weiter zitiert er

«Für ein funktionierendes Gemeinwesen ist eine transparente und zielführende Kommunikation zentral. Eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung und eine aktive Kommunikation zwischen allen Beteiligten ist für die positive Entwicklung der Gemeinde unabdingbar.»

Auch diese Aussage, dieses Mal aus dem Aufgaben- und Finanzplan 2021–2025 ist schlecht gealtert. Der Gemeinderat arbeitet ein sogenannte «Stabilisierungsprogramm» aus und die Gemeinde kommuniziert dann in einem anonymen Newsletter auf der Webseite Sparmassnahmen von sage und schreibe CHF 55 Mio. bis ins Jahr 2026, also rund CHF 10 Mio. pro Jahr. Das strukturelle Defizit beträgt zwar nur CHF 4 Mio., das scheint aber weiter keine Rolle zu spielen.

In der bz Basel informiert dann Gemeinderat Andreas Knörzer über geplante Einsparungen von CHF 42 Mio. Wo die Differenz von CHF 13 Mio. geblieben ist, hat die Gemeindeversammlung nun immerhin erfahren an diesem Abend.

Die Mitarbeitenden wurden allesamt in das sogenannte «Stabilisierungsprogramm» einbezogen, die Bevölkerung bleibt aussen vor.

Die SP Münchenstein fordert vollständige Transparenz in Sachen Sparen. Es kann nicht sein, dass der Gemeinderat im Geheimen den Abbau oder die Verschlechterung von Leistungen für die Bevölkerung beschliesst. Sämtliche Sparmassnahmen sollen auf der Webseite der Gemeinde oder in einem aktualisierten Bericht zu Händen der Gemeindeversammlung offengelegt werden – und zwar bevor sie umgesetzt werden! Transparenz ist ein essenzieller Bestandteil der Demokratie und eigentlich eine Selbstverständlichkeit – wie auch der Blick auf andere Gemeinden im Baselbiet zeigt.

Die SP Münchenstein ist sich bewusst, dass die Gemeinde den Gürtel enger schnallen muss. Auch Auslagerungen können Sinn machen, wenn die Leistungen von Dritten qualitativ besser oder günstiger erbracht und angemessene Arbeitsbedingungen garantiert werden können.

Weiter bemerkt P. Rickenbach zum Facility Management, wo die Mitarbeitenden für die Reinigung zuständig sind und die Anlagen in Schuss halten: Wenn diese Mitarbeitenden auf den freien Markt kommen, dann kann die Gemeinde schon Auflagen machen, aber diesen Mitarbeitenden geht es dann ganz schlecht.

Wobei sich P. Rickenbach auch ab und zu die Frage stellt, wieso Münchenstein, trotz der hohen Steuerkraft – die Gemeinde war lange eine der wenigen Beitragszahler im Finanzausgleich – und trotz des hohen Steuersatzes, dermassen in Schieflage geraten konnte. Wenn ein Unternehmen in einer solchen Situation ist, dann kann der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung eine saubere Analyse der Kosten machen. Die Verantwortlichen können sich aber auch fragen, ob sie überhaupt noch die richtige Strategie verfolgen.

Die SP Münchenstein wird den Sparprozess kritisch beobachten und sich gegen überbordende Abbaumassnahmen zur Wehr setzen. Insbesondere wird sich die SP für das Gemeindepersonal und die sozial Schwächsten engagieren. Aus diesem Grund hat die SP auch die Petition der «Aktion familienfreundliches Münchenstein» unterstützt, welche den Erhalt und die Stärkung der Angebote für Kinder und Jugendliche zum Ziel hat.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Patrick Rickenbach für seine Ausführungen und erkundigt sich, ob weitere Wortmeldungen erwünscht sind.

Jonas Kiefer von der Aktion "Familienfreundliches Münchenstein", die letzten Freitag Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier eine Petition gegen die Sparmassnahmen auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen übergeben hat. Die Petition wurde von 619 Personen unterschrieben, was ein starkes Zeichen setzt für den Erhalt und vor allem für die Stärkung von Angeboten für die Kinder und Jugendlichen in Münchenstein. Dazu gehören Kindergärten und Primarschulen in den Quartieren, damit die Schulwege sicher, familien- und umweltfreundlich bewältigt werden können. Man kennt das Problem der "Elterntaxi", genau das, was nicht erwünscht ist in Münchenstein. Dazu gehören aber auch schulergänzende Betreuungsangebote wie Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung sowie ein Angebot an Tagesfamilien und Kitas zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch dazu gehören die Angebote zur Förderung der Kinder und Jugendlichen wie die Musikschule, Bibliothek und Ludothek. Ebenfalls gehört auch die Begleitung und Beratung von Kindern, Jugendlichen und Eltern in schwierigen Lebenssituationen, wie die Schulsozialarbeit, Familien- und Jugendberatung und Mütter- und Väterberatung dazu. Gerade die Corona-Krise hat leider gezeigt, wie fragil die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sein kann.

Dazu gehören aber auch ausreichende pädagogische Angebote für Kinder mit besonderem Förderbedarf, wie der vorschulheilpädagogische und der logopädische Dienst. Schliesslich gehören auch sinnvolle Freizeitangebote und Treffpunkte zur Förderung des Zusammenhalts in der Gemeinde wie der Robinsonspielplatz, der Jugendtreffpunkt und das Familienzentrum dazu. Der Gemeinderat darf auch selber neue Ideen zur Familienpolitik einbringen und muss nicht passiv abwarten, bis der Leidensdruck in Münchenstein so hoch ist, dass die Bevölkerung interveniert, wie es beim Sport- und Freizeitanlagenkonzept der Fall gewesen ist. Was aber auch noch erwähnt werden muss ist die Vereins- und Freiwilligenarbeit, die eine ganz wichtige Stütze für die Gemeinde bedeutet. Viele engagierte Menschen sorgen dafür, dass es gerade für die Kinder und Jugendliche ein breites Freizeitangebot und somit ein aktives Gemeindeleben gibt. Weiter zitiert Jonas Kiefer für den Gemeinderat den Punkt aus dem Aufgaben- und Finanzplan 2021-2025, zur Erinnerung an die selber definierten Ziele:

"In sozialer Hinsicht steht die Stärkung der Vereins- und Freiwilligenarbeit im Fokus."

Wie wenig weit die Wertschätzung dann aber tatsächlich geht, zeigt der Herr Gemeinderat Andreas Knörzer in der bz vom 20. Mai 2021. Dort kann man lesen, dass die Vereine mit Leistungsaufträgen stärker in die Verantwortung genommen werden sollten, sie müssen für die Benutzung der Infrastruktur mehr leisten und zum Beispiel die Reinigung vom Areal übernehmen. Dabei ist doch bereits das riesige Engagement dieser Vereine für die Kinder und Jugendlichen unbezahlbar.

Weiter kommt Jonas Kiefer zur Kommunikation des Gemeinderates mit den Einwohnerinnen und Einwohnern. Aktuell sieht es so aus, dass der Gemeinderat am liebsten mit der Presse über die Sparmassnahmen spricht oder über einen anonymen Newsletter kommuniziert. Sobald eine Gegenwehr gegen die Sparmassnahmen kommt wie beim Dillacker-Quartier, dann bleiben Briefe und E-Mails von Dutzenden von Eltern einfach unbeantwortet. Deshalb stellt sich die Frage, wie so transparente Kommunikation auf Augenhöhe aussieht. Jede und jeder in diesem Saal kennt die Antwort, ausser der Gemeinderat.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei J. Kiefer für seine Ausführungen und kommt zu den Neueingängen. Bereits im Vorfeld zu der Gemeindeversammlung sind beim Gemeinderat verschiedene Anträge und Anfragen eingegangen.

Am 7. Juni 2021 hat ein Komitee ein Begehren gemäss § 54 Abs. 2 des Gemeindegesetzes mit 604 gültigen Unterschriften für die Einberufung einer Gemeindeversammlung eingereicht. Gegenstand des Begehrens ist ein Verpflichtungskredit für die Erstellung von Schulraum für die Kindergartenstufe sowie 1. und 2. Primarstufe am Standort Dillacker, spätestens ab dem Schuljahr 2022/23. Gemäss dem Gemeinderecht ist ein solches Begehren innert 6 Monaten seit der Einreichung in einer Gemeindeversammlung zur Beurteilung vorzulegen.

An der Sitzung vom vergangenen Dienstag hat der Gemeinderat das Begehren erstmals gemeinderechtlich beurteilt und geht davon aus, dass es zulässig ist. Der Gemeinderat hat dabei auch die Absicht geäussert, eine entsprechende Sondervorlage für die ordentliche Gemeindeversammlung vom 22. September 2021 vorzubereiten.

Am 10. Juni hat die "Aktion familienfreundliche Münchenstein" dem Gemeinderat eine Petition eingereicht. Vor dem Hintergrund des laufenden Projekts zur Stabilisierung des Finanzhaushalts fordert das Petitionskomitee darin, dass die bestehenden Angebote für Kinder und Jugendliche bewahrt und gestärkt werden.

Der Gemeinderat wird zu dieser Petition zuerst zu Handen des Petitionskomitees Stellung nehmen und anschliessend seine Beurteilung publizieren. Selbstverständlich werden wir auch über diese Petition an der Gemeindeversammlung vom 22. September orientieren.

Zusätzlich sind folgende weitere Anfragen vor der Gemeindeversammlung gestellt worden:

- Anfrage der Grünen Münchenstein nach § 69 Gemeindegesetz mit zwei Fragen zum Thema Finanzstabilisierung.

Diese beiden Fragen werden vom Gemeinderat Andreas Knörzer anschliessend direkt beantwortet.

- Anfragen von Herrn Arnold Amacher nach § 69 Gemeindegesetz mit 6 Fragen zum Thema Schulraum Dillacker und zur Finanzstabilisierung sowie eine Aufforderung an den Gemeinderat, eine Auswertung im Gemeindevergleich zur Gemeindepolizei zu erstellen.

Der Gemeinderat nimmt diese Anfragen nach § 69 Gemeindegesetz zur Beantwortung anlässlich der Gemeindeversammlung vom 22. September entgegen.

- Anfrage von Herrn Michael Rentsch nach § 69 Gemeindegesetz mit 3 Fragen zum Thema Primarschulstandort Dillacker

Der Gemeinderat nimmt auch diese Anfrage nach § 69 Gemeindegesetz zur Beantwortung anlässlich der Gemeindeversammlung vom 22. September entgegen.

- Anfrage von Herrn Michael Rentsch nach § 69 Gemeindegesetz mit 10 Fragen zum Thema Schulraumplanung.

Der Gemeinderat nimmt auch diese Anfrage nach § 69 Gemeindegesetz zur Beantwortung anlässlich der Gemeindeversammlung vom 22. September entgegen.

- Anfrage von Herrn Clive Spichty nach § 69 Gemeindegesetz mit der Aufforderung an den Gemeinderat eine Übersicht über die Kosten der freiwilligen Aufgabenerfüllung und des freiwilligen Dienstleistungsangebots der Gemeinde zu erarbeiten.

Der Gemeinderat nimmt auch diese Anfrage nach § 69 Gemeindegesetz zur Beantwortung anlässlich der Gemeindeversammlung vom 22. September entgegen.

Weiter informiert die Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier, dass Gemeinderat Andreas Knörzer die beiden eingereichten Fragen der Grünen Münchenstein beantworten wird. Anschliessend wird sich Gemeindepräsidentin J.-Locher-Polier nochmals erkundigen, ob die Gemeindeversammlung weitere neue Eingaben machen möchte. Mit diesen Worten gibt Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier das Wort an Gemeinderat A. Knörzer weiter.

Gemeinderat A. Knörzer erkundigt sich betreffend die sechs eingereichten Fragen von A. Amacher, wo nach seinem Befürworten die Fragen 4, 5 und 6 alle beantwortet sind.

Arnold Amacher bemerkt, dass sie noch nicht beantwortet sind. Der Gemeinderat wollte acht Schulklassen einsparen, aktuell ist er noch bei vier Schulklassen und verzichtet darauf, die Einführungsklasse und die anderen Sonderklassen noch nicht anzutasten, weil beim Kanton die rechtliche Lage nicht klar ist. Somit sind die Fragen noch nicht beantwortet und A. Amacher wünscht, eine fundierte Beantwortung der Fragen zu erhalten. Zudem gibt es, gemäss A. Amacher, Ungleichheiten in der Gemeinde, da einzelne Standorte auch verfassungswidrig (Bundesverfassung) ungleich behandelt werden. Man behandelt die Bevölkerung im Neuwelt anders als im Dillacker. Da ist ziemlich viel Fleisch am Knochen und A. Amacher hat eigentlich erwartet, dass diese Fragen an diesem Abend beantwortet werden. Jetzt werden sie im September beantwortet. A. Amacher äussert seine Bedenken, da es im September wieder eine Gemeindeversammlung geben könnte, die um 24.00 Uhr endet. Dann hat A. Amacher wieder den Vorwurf am Hals, dass er den Gemeinderat auf Trab hält. Das Problem ist aber, dass sich die Gemeinde selber auf Trab hält. Es gibt keine Kommunikation, es gibt nur Mauern, der Gemeinderat ist nicht erreichbar und nutzt seine Chancen nicht, Informationen bei der Bevölkerung zu deponieren.

Gemeinderat A. Knörzer nimmt es so entgehen. Gemäss ihm ist die Frage 6 von A. Amacher trotzdem schon beantwortet, wird aber noch detaillierter an der nächsten Gemeindeversammlung aufgenommen. Deshalb beantwortet Gemeinderat A. Knörzer jetzt die Fragen von Herrn Anton Bischofberger wie folgt, indem er den Text abliest:

1. *Wie gedenkt der Gemeinderat die Öffentlichkeit laufend zu orientieren über den Stand der Sanierung der Gemeindefinanzen? Wie über die eingeleiteten Prozesse?*

"Die Orientierung der Öffentlichkeit erfolgt regelmässig über die News aus dem Gemeinderat auf der Website der Gemeinde sowie über amtliche Publikationen und anlässlich der Sitzungen der Gemeindekommission sowie an den Gemeindeversammlungen und die daraus resultierenden Medienberichte."

Als Einschub erläutert Gemeinderat A. Knörzer, dass es dabei klar nicht die Idee ist, dass der Gemeinderat zuerst über die Medien kommuniziert. Deshalb macht man einen Presse-release genau an dem Tag, an dem man die Mitarbeitenden informiert, weil man davon ausgehen kann, wenn dies nicht so gemacht wird, dass es trotzdem innerhalb von ein paar Stunden in den Medien ist. Dazu bittet Gemeinderat A. Knörzer um Verständnis, dass man in der Kommunikation dies im Griff haben und aktiv etwas schreiben muss, da man bei einer Anfrage eines Journalisten schlecht nein sagen kann. Weiter setzt Gemeinderat A. Knörzer die Beantwortung der ersten Fragen von A. Bischofberger fort:

"Der Gemeinderat orientiert dabei nicht nur über die erzielten Ergebnisse, sondern insbesondere auch über seine Absichten, seine Planung und auch über die Verfahren die zur Anwendung gelangen. Die Wirkung dieser Massnahmen wird im Budget der Gemeinde dargelegt. Massnahmen, die eine Änderung von Gemeindefinanzregeln zur Folge haben, werden der Gemeindeversammlung als Sondervorlagen zur Beurteilung unterbreitet."

2. *In welcher Form stellt sich der Gemeinderat die Mitwirkung der Bevölkerung vor im Sanierungsprozess der Gemeindefinanzen?*

"Die erste aktive Mitwirkung der Bevölkerung wird im Rahmen der am 25. Mai 2021 eröffneten und bis am 18. Juni 2021 andauernden Einwohnerbefragung erbeten. Diese Befragung beinhaltet auch eine gezielte Abfrage der Auffassung der Bevölkerung zur Finanzsituation der Gemeinde und die Möglichkeit, nach freiem Ermessen, zusätzliche Stellungnahmen abzugeben. Da 1'200 Einwohnerinnen und Einwohner zur Beantwortung der Fragen eingeladen worden sind erwartet der Gemeinderat auch ein repräsentatives Ergebnis aus dieser Umfrage.

Die Mitwirkung der Bevölkerung ist zusätzlich noch mehrfach sichergestellt.

- Einerseits kann die Bevölkerung an der Gemeindeversammlung im Rahmen der Budgetdebatte und Beschlussfassung direkt Einfluss nehmen
- andererseits wird jede Änderung von Gemeindefinanzregeln der Gemeindeversammlung in Form von Sondervorlagen dargelegt und zur Beurteilung und Beschlussfassung unterbreitet.
- Weiter kann die Gemeindeversammlung auch bei sämtlichen Vorlagen zu Verpflichtungskrediten die geplanten Ausgaben vor dem Hintergrund der Finanzziele beurteilen.
- Zusätzlich können alle Stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner an der Gemeindeversammlung konkrete Fragen stellen und ihre Meinung und Vorschläge mitteilen. Die Beantwortung von gestellten Fragen durch den Gemeinderat erfolgt entweder direkt oder an der jeweils nächsten Gemeindeversammlung."

Weiter betont Gemeinderat A. Knörzer, dass es dem Gemeinderat wichtig ist, mit den betroffenen Personen, z. B. dem Personal, vorher ein Gespräch zu führen, bevor die Informationen an die Öffentlichkeit gelangen.

Zum Thema Mitwirkung bemerkt Gemeinderat A. Knörzer, dass es sein Wunsch ist, dass alle mit einer gewissen Offenheit, auch kritisch begleitet, miteinander kommunizieren können, wenn möglich, auf gleicher Flughöhe, wobei man das Ziel vor Augen nicht verlieren darf.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Gemeinderat A. Knörzer für seine Ausführungen und erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen.

Florian Merz bemerkt, dass er sich das erste Mal an der Gemeindeversammlung zu Wort meldet. Die Bevölkerung hat zu einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung einberufen. Im Juni 2019 hat man fast die gleiche Vorlage präsentiert wie heute. Damals hiess es, dass überzählige Kinder im Dillacker auf das Ameisenhölzli verteilt werden. Diejenigen, die dann im Ameisenhölzli überzählig waren, wurden ins Lange Heid umverteilt. Diese Problematik ist immer wieder in den letzten Jahren vorgekommen.

Vor nicht ganz zwei Monaten, am 5. Mai 2021, wurden die Eltern informiert, dass das Schulhaus Dillacker geschlossen wird und die Kinder an einen neuen Standort, nicht an den nächsten, sondern den übernächsten, nämlich Lange Heid, umverteilt werden. F. Merz zeigt eine Karte mit den Standorten.

Als die Information über die Umverteilung erfolgt ist, waren die Kinder anwesend und entsetzt. Einige Kinder haben geweint. Damit hat man wirklich nicht gerechnet, dass man kurz vor den Sommerferien ein geschlossenes Schulhaus antrifft.

In den vergangenen Jahren wurden die Kinder umverteilt, die am Rand des Quartiers gewohnt haben, damit es genügend Platz im Dillacker hat. Davon waren vor allem die Kindergärten betroffen und die Geschwister wurden auf andere Schulhäuser umverteilt. Das Prinzip von Münchenstein besteht darin, dass immer ein Kindergarten an einen Primarschulstandort angebunden ist.

Florian Merz zitiert Situationen und teilweise dramatische Geschichten, die bei der Unterschriftensammlung zum Vorschein gekommen sind. Eine Familie hat ein Haus gekauft und die Geschwister haben auch ein Haus nebendran gekauft, damit man sich bei der Kinderbetreuung gegenseitig unterstützen kann. Jetzt wurden diese Kinder, trotz Einsprachen, auf drei verschiedene Schulstandorte verteilt. Die einen sind jetzt im Lange Heid, die anderen im Ameisenhölzli und die dritten im Dillacker. Für die Familien ist es fast nicht zu bewältigen. Das Dillacker-Quartier wurde immer verkleinert, damit nicht zu viele Kinder am Standort sind. Jetzt wurde es vergrössert. Das hat man erst im Nachhinein erfahren, weil man keinen Zugriff auf diese Daten hat. Bis zum Gartenstadt-Center kommen alle Kinder in den Doppelkindergarten, was praktisch ist, da man keinen Lotsendienst mehr für die Überquerung der Emil-Frey Strasse benötigt. Da kann man viel Geld sparen und es vereinfacht die Administration. Für die Kinder ist es eine andere Geschichte.

Jetzt soll der Dillacker gerettet werden, da es auch das Zentrum und ein Treffpunkt des Quartiers ist. Kinder werden dort gross und verankern sich dort, das bedeutet auch eine Investition in die Zukunft. Die Kinder sind auch 6 bis 8-jährig, wenn sie den Wechsel in die Schule machen. Der Schulrat hatte bei der Anhörung keine Ahnung, wie man diesen Schulweg sichern könnte. Der Vorschlag war, dass man in eine Quartierstrasse hineingeht auf den Veloweg, wo gleichzeitig am Morgen Lastwagen zur Anlieferung, der Bus und der normale Verkehr zirkulieren. Es war erschreckend. Das Problem ist aber eigentlich nicht der Schulrat. Der Schulrat und die Schulleitung geben sehr viel Einsatz. Es besteht so viel Druck, dass die Schulen optimiert werden müssen und der Schulrat keine Lösungen mehr findet. Dieses Jahr sollten acht Klassen wegkommen und die Sonderklassen auch analysiert werden. Der Vorschlag war, die Sonderklassen in die normalen Klassen zu integrieren.

Gemeindepräsidentin Jeanne Locher-Polier bemerkt, dass mehrmals die ausserordentliche Gemeindeversammlung genannt wurde. Es gibt aber keine ausserordentliche Gemeindeversammlung, da das eingereichte Begehren vom Gemeinderat innerhalb von 6 Monaten behandelt werden muss. Da im September sowieso eine Gemeindeversammlung vorgesehen ist, wird das Thema an der ordentlichen Gemeindeversammlung behandelt. An der ordentlichen Gemeindeversammlung vom 22. September 2021 wird das Begehren, einen Verpflichtungskredit zur Erstellung vom Schulraum für die Kindergartenstufe und 1. und 2. Primarschulstufe am Standort Dillacker gutzusprechen, in einer Sondervorlage behandelt und zur Abstimmung vorgelegt.

Florian Merz bemerkt, dass dies wunderbar klingt und er sehr auf diesen Abend und die Lösung gespannt ist. Wichtig ist, dass es für die Kinder gut wird. Der Schulrat hat versucht, ganz viele Lösungen zu bringen, dass ein zweiter Kindergarten gestaltet werden kann, ohne dass die Schule wegmuss. Spannend war, dass die Vorlage, die der Gemeinderat gutgeheissen hat, nicht vom Schulrat oder Schulleitung kam, sondern von intern. Es ist ein Novum, dass das Quartiersprinzip nicht eingehalten wird. Es ist ein Novum, dass es keine Anbindung gibt vom Kindergarten an eine Schule. Jedes Jahr mehrfach protokolliert, hat der Schulrat bestätigt, dass das Quartiersprinzip gelebt wird. Als nächstes wird das Dillackerschulhaus verschwinden, die Kinder müssen den Bus nehmen und werden abgeholt usw. und dabei wird der Schulstandort kaputt gemacht. Schlussendlich wird man dann versuchen, das Prinzip dieses Schulstandortes, den man kaputt gemacht hat, auf die ganze Gemeinde anzuwenden. Das wird wahrscheinlich die Lösung sein. Die Unterstufe und den Kindergarten behält man in den Quartieren und zentral wird ein Schulhaus gebaut, in das die ganze Mittelstufe kommt, hoffentlich erst ab der 4. Klasse, damit die Kinder mit dem Velo kommen können. Die Intention ist, den Schulstandort jetzt zu erhalten. Man hat so viele Briefe geschrieben und es wurde so viel zusammengesprochen. Der Gemeinderat hat so viele Möglichkeiten gehabt, das Thema selber an einer Gemeindeversammlung zur Abstimmung zu bringen.

Weiter hat Florian Merz noch eine Frage zum Verpflichtungskredit, der an einer ordentlichen Gemeindeversammlung behandelt werden soll. Dabei wurde bereits bemerkt, dass noch viele andere Traktanden an dieser Gemeindeversammlung behandelt werden. Wenn die Öffentlichkeit innerhalb von ein bisschen mehr als einer Woche mit 600 Unterschriften unterschreibt, dass es so nicht weitergeht, dann ist es nicht die Meinung, dieses Traktandum an einer langen ordentlichen Gemeindeversammlung zu behandeln, wo die Leute irgendwann zu müde sind, um richtig zuzuhören. Die Frage ist, ob das korrekte Vorgehen rechtlich abgeklärt wurde.

Geschäftsleiter S. Friedli erläutert, dass es absolut nichts bringt, wenn jetzt versucht wird, sich mit Argumenten und Gegenargumenten juristisch zu unterhalten. Sowohl Herr A. Amacher, wie auch Herr F. Merz haben Möglichkeiten, die sie nutzen sollen, so wie es S. Friedli bereits an A.

Amacher aufgezeigt hat. Wenn sie nicht mit dem einverstanden sind, was der Gemeinderat beurteilt, dann macht es Sinn. Keinen Sinn macht es, wenn man jetzt an der Gemeindeversammlung versucht, sich bilateral zu überzeugen. Diese Diskussion kann man sich sparen.

Florian Merz möchte nochmals wissen, ob es rechtlich abgeklärt wurde.

Geschäftsleiter S. Friedli erläutert, dass er Jurist ist und das Gesetz gelesen hat. Zudem hat er Herrn F. Merz bereits die Antwort mehrmals gegeben. S. Friedli betont, dass der Gemeinderat an dieser Position festhält. Wenn Herr F. Merz mit dieser Antwort nicht einverstanden ist, dann steht es ihm frei, die Abklärungen vorzunehmen. Falls er die Adresse von den kantonalen Instanzen braucht, gibt sie ihm S. Friedli gerne.

Florian Merz bemerkt, dass Geschäftsleiter S. Friedli sich selber eine Einschätzung gemacht hat.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei F. Merz für seine Ausführungen und erkundigt sich, ob es weitere Anfragen oder Anträge gibt.

Christoph Flück, Grüne Münchenstein, Vorstandsmitglied, nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat zur Schulraumplanung an diesem Abend nichts sagen will. Er stellt aber fest, dass der Gemeinderat offensichtlich den Bedarf für eine saubere Untersuchung erkannt hat. Ch. Flück stellt dabei fest, dass die bisherige Schulraumplanung offensichtlich nicht existiert. Gemäss den Worten seines Vorredners stellt Ch. Flück fest, dass es totale Meinungsverschiedenheiten zwischen Schulrat/Schulleitung und Gemeinderat gibt, da es der Gemeinderat anders sieht als der Schulrat und die Schulleitung, was notwendig ist. Ch. Flück will seine Fragen jetzt nicht vorlesen, aber er ist der Meinung, dass sie ins Protokoll gehören und spätestens im September beantwortet werden sollten. Es handelt sich um sehr grundlegende Fragen im unteren Teil und im oberen Teil geht es um den direkten Bezug zum Dillacker.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier bedankt sich bei Ch. Flück für seine Ausführungen und erläutert, dass auch diese Anfrage nach § 69 Gemeindegesetz anlässlich der nächsten Gemeindeversammlung vom 22. September 2021 beantwortet wird. Es handelt sich sowieso um Fragen, die der Gemeinderat nicht alleine beantworten kann. Einige dieser Fragen werden sicher anlässlich einer Sitzung zusammen mit dem Schulrat erläutert und erklärt. Weiter erkundigt sich Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier, ob es noch weitere Eingaben gibt.

Michael Rentsch hat zwei Anträge nach § 69 Gemeindegesetz gestellt. Beide Anträge wurden dem Gemeinderat vor der Gemeindeversammlung zur Verfügung gestellt.

Der eine Antrag (10 Fragen) bezog sich auf die Schulraumplanung mit einigen umfangreichen Fragen und somit ist M. Rentsch enttäuscht, dass die Fragen nicht an diesem Abend beantwortet werden. Es wurde immer gesagt, dass eine Schulraumplanung vorhanden ist. Wenn man die Fragen vorher einreicht und die Schulraumplanung vorhanden ist, dann geht er davon aus, dass man die Fragen an der folgenden Gemeindeversammlung beantworten könnte. Aber in dem Fall wird er sich bis im September gedulden.

Der zweite Antrag nach § 69 Gemeindegesetz (3 Fragen) wurde teilweise beantwortet. Es ging darum, wie es mit dem Primarschulstandort Dillacker weitergeht. Dazu wurde ja bereits erwähnt, dass es an der nächsten Gemeindeversammlung kommt. Dazu hat M. Rentsch noch eine ergänzende Frage, betreffend der Petition, nämlich, ob direkt Informationen erwartet werden können betreffend die Umsetzung der Petition oder ob es nur über die offiziellen Kanäle kommuniziert wird.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier informiert, dass eine Petition zuerst den Petitionären direkt beantwortet wird.

M. Rentsch erläutert, dass es sich hier nicht um eine Petition handelt, sondern nur um das Traktandum für die Gemeindeversammlung. M. Rentsch möchte wissen, ob er da auch direkt Informationen erhalten wird.

Geschäftsleiter S. Friedli erläutert, dass sehr viele Vorstösse eingereicht worden sind. Eine Petition wird an die Petitionäre beantwortet. Anträge nach § 69 Gemeindegesetz werden an der Gemeindeversammlung beantwortet respektive im Vorfeld bereits schriftlich an den Fragestellenden. Dann gibt es noch den Antrag auf einen Verpflichtungskredit, wozu der Gemeinderat eine Sondervorlage, einen Bericht und einen Antrag an die Gemeindeversammlung vorbereitet. Logischerweise beinhaltet es auch das Anliegen, das gestellt wurde und selbstverständlich wird sich der Gemeinderat auch rückversichern, dass er das Anliegen richtig verstanden hat. Somit gibt es einen Austausch.

Arnold Amacher erkundigt sich, ob die Folien von Gemeinderat A. Knörzer und auch von Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier aufgeschaltet werden können, damit nicht die gleichen Fragen gestellt werden. Nach Ansicht von A. Amacher gehören die Folien auch ins Protokoll, da sie Teil der jetzigen Verhandlungen gewesen sind.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht sind, bedankt sich Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier im Namen des Gemeinderates bei allen Anwesenden, dass sie mit so viel Engagement an der Gemeindeversammlung teilgenommen haben. Sie informiert, dass die nächste Gemeindeversammlung am 22. September 2021 stattfinden wird und wünscht allen gute Gesundheit und einen schönen Sommer.

Gemeindepräsidentin J. Locher-Polier schliesst die Versammlung um 22.40 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsidentin:

Die Protokollführung:

Jeanne Locher-Polier

Eva Somalvico